

Dominik H. Enste

# Markt und Moral

Eine ordnungsethische Reflexion

# Positionen

Beiträge zur Ordnungspolitik  
aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Dominik H. Enste

## Markt und Moral

Eine ordnungsethische Reflexion

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek.**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://www.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-602-24166-8 (Druckausgabe)

ISBN 978-3-602-45966-7 (E-Book|PDF)

2., überarbeitete Auflage der IW-Position Nr. 24

Die vorliegende IW-Position ist Teil einer Trilogie zu wirtschaftsethischen Fragen. Die beiden anderen Teile lauten:

Dominik H. Enste / Julia Wildner

**Mitverantwortung und Moral**

Eine unternehmensethische Reflexion

IW-Positionen 63

Dominik H. Enste / Julia Wildner

**Mensch und Moral**

Eine individualetische Reflexion

IW-Positionen 70

Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Grafik: Dorothe Harren

© 2015 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH

Postfach 10 18 63, 50458 Köln

Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-452

Fax: 0221 4981-445

[iwmedien@iwkoeln.de](mailto:iwmedien@iwkoeln.de)

[www.iwmedien.de](http://www.iwmedien.de)

Druck: Hundt Druck GmbH, Köln

# Inhalt

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	4
<b>2</b>	<b>Zum Verhältnis von Markt und Moral</b>	8
2.1	Ökonomik mit Ethik	8
2.2	Mensch ohne Moral	16
2.3	Markt gefährdet Moral	18
2.4	Markt braucht Moral	23
2.5	Markt schafft Moral	26
2.6	Moralisten gefährden Moralkapital	27
2.7	Markt belohnt Moral	27
<b>3</b>	<b>Zur Gestaltung einer ethischen Ordnung</b>	29
3.1	Fundament: Freiheit, Wettbewerb und Eigeninteresse	29
3.2	Voraussetzung I: Partizipationsgerechtigkeit	31
3.3	Voraussetzung II: Rahmenordnung	32
3.4	Voraussetzung III: Subsidiaritätsprinzip	33
3.5	Gefahr: Erosion der Moral durch staatliche Eingriffe	34
3.6	Lösung: Rahmenordnung als systematischer Ort der Moral	37
<b>4</b>	<b>Zur Verantwortung von Unternehmen und Staat</b>	38
4.1	Handlungsoptionen und -notwendigkeit	38
4.2	Soziale Marktwirtschaft als wirtschaftsethisches Ordnungsmodell	41
4.3	Gerechtigkeit und Wettbewerbsfähigkeit	43
<b>5</b>	<b>Schlussfolgerungen</b>	46
	<b>Literatur</b>	52
	<b>Kurzdarstellung / Abstract</b>	57
	<b>Der Autor</b>	58

# 1

## Einleitung

*„Diese Wirtschaft tötet“  
(Papst Franziskus, 2013, 52, Ziffer 53)*

Gesetzlicher Mindestlohn, Frauenquote, Ausweitung von Rentenansprüchen, Deckelung von Managergehältern oder die Verpflichtung der Unternehmen zu gesellschaftlichem Engagement – dies sind nur einige aktuelle Beispiele für staatliche Eingriffe, die die gesellschaftliche Akzeptanz der marktwirtschaftlichen Ordnung und von unternehmerischem Handeln erhöhen sollen. Dahinter steht die Überzeugung, dass die Ergebnisse von Wettbewerb und Markt per se unmoralisch sind und der Rechtfertigung bedürfen.

Diese Sichtweise scheint auch durch das Apostolische Schreiben „Evangelii Gaudium“ von Papst Franziskus (2013, Ziffer 202, 183) pointiert bekräftigt zu werden, indem dieser die „absolute Autonomie der Märkte und der Finanzspekulation“ kritisiert und von einer Wirtschaft spricht, die tötet. Dieser Vorwurf richtet sich gegen eine Wirtschaft, die eine neue erbarmungslose Form „im Fetischismus des Geldes und in der Diktatur einer Wirtschaft ohne Gesicht und ohne ein wirklich menschliches Ziel“ (Papst Franziskus, 2013, 52, Ziffer 53) gefunden hat. Allerdings finden sich in dem Apostolischen Schreiben viele Passagen, die deutlich machen, dass ohne (nachhaltiges) Wachstum und offene Märkte Armutsbekämpfung und Gerechtigkeit nicht möglich sind. Insofern bedarf es einer differenzierten Analyse, welche Rahmenbedingungen für eine faire Marktwirtschaft notwendig sind (Pies, 2014).

Das erste Millenniumziel der Vereinten Nationen – die Halbierung der Armutsquote in der Welt im Zeitraum 1990 bis 2015 – wurde bereits im Jahr 2010 erreicht. Trotz Finanz- und Wirtschaftskrise und trotz ungebremsten Bevölkerungswachstums wird laut Economist (2013) die Zahl der Menschen, die von weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag (absolute Armutsgrenze) leben müssen, zukünftig weiter sinken. Der Anteil armer Menschen an der Weltbevölkerung wird im günstigsten Fall bis 2020 sogar auf unter 10 Prozent zurückgehen. Diese Verringerung der Armut ist nur mit mehr Marktwirtschaft, Wettbewerb, Globalisierung, Wachstum und internationalem Handel möglich gewesen. Besonders deutlich wird dies bei einer nach Regionen differenzierten Betrachtung. Mit Ausnahme von Subsahara-Afrika konnte die Armut in allen Regionen trotz Wachstum der Menschheit um mehr als

# Weltweite Armut

Tabelle 1

nach Regionen

Region	Armutsquote, in Prozent		Anzahl der Menschen mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag, in Millionen	
	1990	2011	1990	2011
Ostasiatischer Raum und Pazifik	57,0	8,0	940,0	160,0
Europa und Zentralasien	1,5	0,5	7,2	2,4
Lateinamerika und Karibik	12,2	4,6	53,2	27,6
Mittlerer Osten und Nordafrika	5,8	1,7	13,0	5,6
Südliches Asien	54,0	24,5	620,5	399,0
Subsahara-Afrika	56,6	46,8	290,3	415,0
Welt (insgesamt)	43,4	17,0	1.923,0	1.011,0

Armutsquote: Anteil der Menschen, die von weniger 1,25 US-Dollar pro Tag leben müssen.  
Quelle: Weltbank, 2014

1,5 Milliarden vermindert werden – sowohl absolut als auch relativ (Tabelle 1). Besonders erfolgreich waren die wachstumsstarken ostasiatischen Länder, wo der Anteil der Menschen, die mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag leben müssen, von 57 Prozent auf 8 Prozent gesunken ist. Das an marktwirtschaftlichen Grundsätzen orientierte Wirtschaften in diesen Ländern hat somit nicht getötet, sondern das (Über-)Leben vieler Menschen erleichtert. Aber welche Wirtschaftsordnung und -weise kann diese Entwicklung nachhaltig sichern?

Gerade die Soziale Marktwirtschaft hat sich hierzulande in den vergangenen 60 Jahren als Wirtschaftsordnung bewährt, indem sie wirtschaftlichen Erfolg und Gerechtigkeit verbindet. Laut einer Befragung des Bankenverbands (2013) teilten zuletzt auch die Menschen in Deutschland wieder zu zwei Dritteln diese Auffassung. Angesichts des wirtschaftlichen Fortschritts der Bundesrepublik sollte diese Einschätzung nicht überraschen, ist in den letzten Jahren aber alles andere als selbstverständlich gewesen. Dabei hat sich das Bruttoinlandsprodukt seit 1950 mehr als versechsfacht, das heißt, jeder Bundesbürger hat heutzutage sechsmal mehr Waren und Dienstleistungen zur Verfügung als noch 1950. Das Geldvermögen ist im gleichen Ausmaß gestiegen und auch wirtschaftlich Schwache profitieren vom Wachstum, sodass das Armutsrisiko in Deutschland fast so gering ist wie in den Wohlfahrtsstaaten Finnland, Dänemark und Schweden. Auch bei der Arbeitslosenquote liegt Deutschland auf Platz 4 der OECD-Staaten, bei der Jugendarbeitslosigkeit sogar auf Platz 2. Nur in der Wahrnehmung der Bevölkerung geht es in Deutschland weiterhin ungerecht zu (Niehues, 2014).

Trotz großer Wohlstandssteigerungen im Vergleich zu allen anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen wird der Kapitalismus von vielen für unmenschlich, unmoralisch und ungerecht gehalten. Manche sprechen gar vom „Zombie-System“ (Spiegel, 2014). Wieland (1999) fasst das Paradox, über das in der Öffentlichkeit anscheinend Einigkeit besteht, wie folgt zusammen: Erstens sollte es in der Wirtschaft moralisch zugehen und zweitens ist dies nicht möglich. Der Dualismus von Markt und Moral scheint somit unüberwindbar. Dies zeigt sich zum Beispiel an der pauschalen Kritik an Entlassungen in Zeiten steigender Unternehmensgewinne (Übersicht 1). Die Skepsis gegenüber dem marktwirtschaftlichen, freiheitlichen System speist sich aus der erhöhten Unsicherheit der Menschen angesichts zunehmender Internationalisierung der Wirtschaft und erhöhter Dynamik auch der innergesellschaftlichen Prozesse. Die Suche nach (dauerhaften) Werten und Normen nimmt nicht zuletzt aufgrund der Anonymisierung und Säkularisierung der Gesellschaft sowie der Intensivierung der Arbeitsteilung zu. Allen gesellschaftlichen Akteuren und insbesondere Wirtschaftsethikern kommt deshalb die Aufgabe zu, Verbindungen von Wirtschaft und Ethik aufzuzeigen und institutionelle Arrangements zu gestalten, die – bei aller Notwendigkeit, die Vorzüge des Wettbewerbs und des Marktes zu nutzen – auch die moralischen Sehnsüchte der Menschen bedienen.

Die Unterscheidung zwischen individualethischen, vielfach tugendethischen Argumentationen beziehungsweise Ansprüchen und institutionellen Lösungen für moralische Dilemmata und Konflikte zwischen Markt und Moral ist dabei notwendig und hilfreich. Die Vermischung von Verantwortungsebenen führt zu antimarktwirtschaftlichen Affekten und pauschaler Ablehnung von Wettbewerb und Markt oder zum hilflosen Versuch, durch mehr soziales Engagement oder Sozialausgaben die Akzeptanz der Gewinnerzielung von Unternehmen oder des Kapitalismus zu erkaufen.

Um in dieser Gemengelage für mehr Klarheit zu sorgen, legt dieser erste Band der Trilogie zur Wirtschafts- und Unternehmensethik den Schwerpunkt auf die vielfältigen Verbindungen zwischen Markt und Moral auf der staatlichen Ordnungsebene: Welche Rolle hat der Staat und welche ordnungsethischen Wege gibt es, um etwa Finanz- und Wirtschaftskrisen zu vermeiden oder nachhaltiges Wachstum und Wohlstand zu fördern? Im zweiten Band (Enste/Wildner, 2014) steht die Verantwortung der Unternehmen im Mittelpunkt. Wie können sie mithilfe wettbewerbs- und ordnungspolitischer Strategien, Wertemanagement, Unternehmenskultur und Corporate Social Responsibility ihren Beitrag zur Unternehmensethik leisten? Im dritten Band

## Massenentlassungen trotz Milliarden Gewinnen?

Übersicht 1

Kapitalismuskritiker verbreiten die Ansicht, Gewinne würden immer dann steigen, wenn Arbeitsplätze abgebaut werden. Damit würden Unternehmen trotz guter Ausgangslage ihre „moralische Pflicht“, Arbeitsplätze zu schaffen, nicht erfüllen. Diese Kritik ist jedoch unberechtigt. Zwar ist korrekt, dass deutsche Unternehmen mehrheitlich wieder Gewinne erwirtschaften und dennoch die begonnenen Restrukturierungen, die auch mit dem Abbau von Arbeitsplätzen einhergehen, fortsetzen. Jedoch ist es empirisch und theoretisch falsch, dass Gewinnsteigerungen letztlich vor allem auf Arbeitsplatzabbau beruhen und somit Gewinnmaximierung zulasten der Arbeitnehmer stattfindet. Grundsätzlich sind für Unternehmen sowohl Arbeits-, Kapital-, Boden- und Humankapitaleinsatz zur Gewinnerzielung erforderlich; nur wenn deren Verhältnis für die optimale Ressourcennutzung nicht mehr zusammenpasst, finden Anpassungsprozesse statt. Da die Kapitalmärkte sehr viel flexibler reagieren, als die – häufig sehr viel stärker regulierten – Arbeitsmärkte (Enste/Hardege, 2009), und auch die Kapitalanleger schneller reagieren können als die Arbeitskräfte, sind die Anpassungsprozesse jedoch unterschiedlich schnell.

Die Veränderungen der Gewinne und der Beschäftigung auf gesamtwirtschaftlicher Ebene über längere Zeiträume entwickeln sich in aller Regel nicht gegen-, sondern gleichläufig. Die Gewinne reagieren dabei immer schneller als die Beschäftigung. Wenn zu Beginn einer Rezession Aufträge ausbleiben, verändern sich der Personalbestand und damit die Kosten zunächst kaum, die Erlöse gehen hingegen zurück. Diese verzögerte Reaktion auf dem Arbeitsmarkt im Wirtschaftsverlauf gehört zu den Gesetzmäßigkeiten der Konjunkturbeobachtung, die zum Teil auf Arbeitsmarktrigiditäten, zum Teil auf die relative Immobilität des Faktors Arbeit zurückzuführen sind. Nicht nur auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene, sondern auch im Einzelbetrieb bewegen sich Gewinn- und Beschäftigungsindikatoren in der Regel gleichgerichtet. Umgekehrt verhält es sich vor allem dort, wo der Abbau von Überkapazitäten verspätet angegangen wird. Der verzögerte Strukturwandel in Kombination mit Kündigungsschutzvorschriften führt dann dazu, dass statt einer regulären Fluktuation Massenentlassungen über betriebsbedingte Kündigungen stattfinden. Da aufgrund von Abfindungszahlungen Entlassungen vergleichsweise teuer sind, lassen sich diese zudem besser finanzieren, wenn Gewinne erzielt werden. So entsteht durch die verkürzte Berichterstattung in den Medien der Eindruck, Massenentlassungen und Gewinne würden regelmäßig zusammen auftreten.

Selbst wenn es stimmen würde, dass Unternehmen zunehmend Gewinne verbuchen, ohne Arbeitsplätze zu schaffen, ist das Argument, Unternehmen hätten die moralische Pflicht, Arbeitsplätze zu schaffen, falsch. Die Aufgabe der Unternehmen besteht darin, Gewinne durch die Erstellung von guten und preisgünstigen Produkten für die Konsumenten zu erwirtschaften. Erforderlich ist dafür der effiziente Einsatz von Ressourcen. Arbeitsplätze auf Kosten von Gewinnen zu schaffen, verstößt sowohl gegen die ethische als auch gegen die ökonomische Logik (Homann/Blome-Drees, 1992, 52 f.). Die ethische Begründung für die Marktwirtschaft stellt gerade auf die Konsumenten, nicht auf die Produzenten ab. Die Zuschreibung der Verantwortung an die Unternehmen, Arbeitsplätze zu schaffen, ignoriert die Eigengesetzlichkeiten von marktwirtschaftlichen Systemen und verkennt die Funktion verschiedener Verantwortungsebenen, die aus Sicht der Wirtschaftsethik zu unterscheiden sind. Vollbeschäftigung ist mithin ein ordnungsethisches, aber kein einzelwirtschaftliches Anliegen (Kapitel 2). Müssten Unternehmen mehr Beschäftigte einstellen als sie benötigen, würde dies die Kosten der Unternehmen erhöhen. Sie büßten dadurch ihre Wettbewerbsfähigkeit ein, wodurch wiederum eine größere Anzahl von Arbeitsplätzen gefährdet würde (unter anderem Noll, 2013, 142 ff.). Hohe Gewinne sind kein Signal dafür, dass Unternehmen Arbeitsplätze schaffen könnten, sondern zeigen, dass in der Vergangenheit die Wünsche der Konsumenten besonders gut befriedigt wurden. Dauerhaft hohe Gewinne sind ein Zeichen für fehlenden oder unzureichenden Wettbewerb. Eine Öffnung der Märkte ist dann im Zuge der Wettbewerbspolitik angezeit.

Eigene Zusammenstellung

(Enste/Wildner, 2015) geht es schließlich um die individualethische Perspektive und die Moral von Menschen im Allgemeinen und Managern und Mitarbeitern im Besonderen. Welchen Einfluss hat der Einzelne als Arbeitnehmer, Konsument oder Anleger auf die Moral in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft?

Hintergrund all dieser Überlegungen ist das in der vorliegenden IW-Position diskutierte Verhältnis von Markt und Moral auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene und damit die Frage, inwieweit die staatliche Rahmenordnung der systematische Ort der Moral sein kann. Dafür werden nach einem kursorischen Überblick zu den Aufgaben, Definitionen und zur Entwicklung der Wirtschaftsethik wesentliche Aspekte des Verhältnisses von Marktwirtschaft und Moral dargestellt (Kapitel 2). Dabei werden sowohl mögliche Gegensätze als auch Zielharmonien zwischen Markt und Moral analysiert. Aus ordnungsethischer Perspektive werden darauf aufbauend in Kapitel 3 Argumentationen und Lösungen skizziert, die aus dem Zielkonflikt zwischen Gewissen und Gewinn herausführen können. Der Schwerpunkt liegt auf den Gestaltungsoptionen einer ethischen Ordnung mit dem Ziel, die der Marktwirtschaft inhärente Moral zur Entfaltung zu bringen. Strategien für die Gestaltung der Wirtschaftsordnung werden in Kapitel 4 vorgestellt. Den Abschluss der Studie bilden Schlussfolgerungen sowie wirtschafts- und gesellschaftspolitische Empfehlungen (Kapitel 5).

## 2

## Zum Verhältnis von Markt und Moral

### 2.1 Ökonomik mit Ethik

Seit mehr als 40.000 Jahren gibt es bereits Moral, die sich zum Beispiel in Mythen und Ritualen widerspiegelte. Es existierte eine „Hordenmoral“ (Noll, 2013, 42) für das Zusammenleben in Familien-, Sippen- und Stammesstrukturen, für die gemeinsame Jagd und für die Lösung von Konflikten. Ethik, also die Theorie der Moral, wird seit mehr als 2.500 Jahren gelehrt. Sokrates, Platon und Aristoteles oder Konfuzius und Buddha haben unterschiedliche Ansätze zur Begründung von Normen und Werten gefunden. Bis heute hat die Ethik jedoch keine einzige Aussage formuliert, welcher alle Moralphilosophen zustimmen könnten. Zu unterschiedlich sind die Annahmen, die Begründungszusammenhänge und Schlussfolgerungen. Die Wirtschaftsethik

versucht dennoch, auf diesem Fundament Antworten für Konflikte zwischen den Idealen und Sehnsüchten der Menschen auf der einen und den ökonomischen Sachzwängen auf der anderen Seite zu finden.

### **Aufgabe der Wirtschaftsethik**

Die Wirtschaftsethik versucht Lösungen und Wege aufzuzeigen, wie die Wünsche und Realitäten einer Gestaltung von Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen miteinander in Einklang gebracht werden können. Kernthemen der Wirtschaftsethik sind deshalb Konflikte, die sich verstärkt durch die Neuartigkeit und gestiegene Komplexität der wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Situationen ergeben. Während die moderne, arbeitsteilige Wirtschaft durch anonyme Tauschverhältnisse, vielfältige Prozesse der schöpferischen Zerstörung, Strukturwandel und beschleunigten technischen Fortschritt gekennzeichnet ist, bedürfen die Menschen tendenziell – vor allem in der Früh- wie auch in der Spätphase ihres Lebens – eher gewohnheitsmäßiger Abläufe, Sicherheit und Planbarkeit. Dieser scheinbar unauf lösbare Widerspruch führt immer wieder zu Missverständnissen und der weit verbreiteten „skeptisch-ironischen Einstellung, dass Wirtschaft und Ethik im Grunde unvereinbare Gegensätze seien“ (Korff et al., 1999, 21). Eine moderne Wirtschaftsethik muss zwar akzeptieren, dass sich moralische Ansprüche kaum gegen wirtschaftliche Zwänge durchsetzen lassen: „Normative Forderungen und Ideale lassen sich nicht gegen, sondern nur durch die moderne Wirtschaft und Gesellschaft geltend machen“ (Homann/Blome-Dress, 1992, 111). Das heißt aber nicht, dass die Ökonomik die Ethik dominiert, sondern es bedarf vielmehr des wechselseitigen Lernens voneinander.

### **Definitionen**

Zum besseren Verständnis der folgenden Argumentationen werden in den Textkästen wesentliche Begrifflichkeiten voneinander abgegrenzt (vgl. dazu zum Beispiel Noll, 2013 sowie das umfassende Handbuch der Wirtschaftsethik von Korff et al., 1999).

#### **Werte und Normen**

Werte sind eine allgemeine Beschreibung dessen, was ein Individuum oder eine Gesellschaft als wünschenswert ansieht. Normen sind akzeptierte Richtlinien des Verhaltens und konkretisieren die eher allgemeinen Wertsetzungen. Moralische Normen entwickeln sich auf Basis gemeinsamer Übungen innerhalb einer Gruppe, wobei der Verbindlichkeitsanspruch letztlich durch eine zunehmende soziale Akzeptanz dieser Normen entsteht. Moralische Normen können durch Gesetze und Vorschriften formell verankert sein und bilden damit den legalen Ordnungsrahmen. Darüber hinaus stellt sich jedoch jeweils die Frage nach der moralischen Legitimität einer Handlung.

## **Moral**

Unter Moral wird der Bestand an faktisch herrschenden Werten und Normen in einer Gruppe oder Gesellschaft verstanden. Dabei ist zwischen zwei Arten von Moral zu unterscheiden. (1) Die Moral der kleinen geschlossenen Gruppe, deren Einhaltung in einer Familie oder auch Stammesgesellschaft durch die gute Kenntnis der anderen und die Möglichkeit der wechselseitigen Beobachtung des Verhaltens vergleichsweise leicht möglich ist. (2) Demgegenüber fällt in einer anonymen Marktgesellschaft die Überprüfung der Einhaltung moralischer Normen durch Einzelne sehr viel schwerer. Notwendig sind Institutionen, welche einerseits die Einhaltung der Normen und Gesetze sicherstellen und andererseits keinen zu starken Zwang auf die Mitglieder einer Gesellschaft ausüben. Nicht akzeptierte Freiheitseinschränkungen rufen Reaktanz hervor, welche dann die positive intrinsische moralische Gesinnung unterminiert. In einer überschaubaren Gruppe kann die Nächstenliebe tragendes Fundament sein, während in großen anonymen Gruppen das Rekurrenieren auf individual-ethische Faktoren ohne stringente, begleitende Ordnungsethik sehr viel schwieriger ist. Der Betrug an einem anonymen Dritten (zum Beispiel Staat, Versicherungsgesellschaft oder Großkonzern) wird von den Menschen als weniger verwerflich eingeschätzt als zum Beispiel der Diebstahl einer Zeitung. Untersuchungen zum Versicherungsbetrug oder zur Schwarzarbeit können diese Umfrageergebnisse bestätigen und die unterschiedlichen Anforderungen an die Ethik verdeutlichen (Enste, 2002).

## **Fallbeispiel: Korruption**

Zur Veranschaulichung der abstrakten Definitionen dient ein Fallbeispiel, welches den Konflikt zwischen Wirtschaft und Ethik anhand des Problems der Korruption beschreibt (vgl. für weitere Fallbeispielanalysen Crane/Matten, 2010). Korruption ist ein sehr altes Phänomen menschlicher Interaktion. Bereits vor mehr als 3.000 Jahren haben Korruptionspraktiken den ägyptischen Staat beeinflusst (vgl. zum Folgenden Noll, 2013, 147 ff.; Lambsdorff, 2005; Pies, 2003). Heutzutage ist sie – in verschiedenen Formen wie Bestechung, Gefälligkeitszahlungen und Vetternwirtschaft – weit verbreitet.

Kennzeichnend ist, dass zwei Akteure sich auf Kosten eines Dritten bereichern, das heißt es liegt ein Prinzipal-Agenten-Verhältnis vor. Wenngleich Korruptionszahlungen in einigen Ländern eine Art Quasi-Steuer darstellen und ausländische Korruptionszahlungen an Amtsträger bis 1999 in Deutschland noch steuermindernd geltend gemacht werden konnten, ist Korruption moralisch nicht legitimierbar, da sie einen Regelverstoß und Vertrauensbruch beinhaltet. Korruption ist moralisch weder teleologisch (die Folgen sind sozial wie auch ökonomisch destruktiv) noch deontologisch (Korruptionspraktiken sind kein universalisierbares Handlungsprinzip) zu rechtfertigen. Insbesondere im asiatischen Raum (zum Beispiel Bangladesch) sowie in Afrika (zum Beispiel Somalia) gehören Korruption und Bestechung zum Alltag. Aber auch in OECD-Ländern wie Griechenland, Italien und Portugal ist Korruption in Politik und öffentlicher Verwaltung häufig zu beobachten (Transparency International, 2013).

## Ethik

Ethik ist die Theorie der Moral und wird auch als Moralphilosophie bezeichnet. Die Ethik ist somit eine wissenschaftliche Disziplin, die sich mit der Änderung und Verbesserung moralischer Normen beziehungsweise Regeln beschäftigt. Ziel ist die Formulierung allgemeinverbindlicher Regeln. Ein bekanntes Beispiel ist der kategorische Imperativ von Immanuel Kant: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde“ (Kant, 2004). Der Kant'schen Pflichtethik beziehungsweise deontologischen Ethik steht die teleologische oder die Folgenethik entgegen, zu welcher der Utilitarismus zu rechnen ist, bei dem als Ziel des Handelns das größte Glück der größten Zahl im Mittelpunkt steht und nicht wie beim kategorischen Imperativ die Frage, was wäre, wenn dies jeder täte.

Anhand eines Fallbeispiels (Übersicht 2) zeigt sich, wie wichtig systematische Lösungsmöglichkeiten sind, die eine Zielharmonie zwischen Renditemaximierung und moralisch einwandfreiem Verhalten ermöglichen. Und um den Einzelnen (Individualethik) in moralischen Konfliktsituationen nicht zu überfordern, sind auf staatlicher (Ordnungsethik) oder unternehmerischer (Unternehmensethik) Ebene allgemeingültige Regeln festzulegen (vgl. Kapitel 4).

Neben dem moralischen besteht zudem ein ökonomisches Problem. Durch Korruption erhält nicht das Unternehmen den Auftrag, welches die beste Kosten-Nutzen-Kombination anbieten kann, sondern ein Unternehmen, welches weniger leistungsfähig ist. Es kommt gesamtwirtschaftlich zur Verschwendung von Ressourcen und so zur Minderung des Wohlstands. Korruption ist daher auch aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive abzulehnen.

## Fallbeispiel – Karriere oder Moral?

Übersicht 2

**Wirtschafts- und Unternehmensethik versuchen für diese Konflikte allgemeine Lösungen zu entwickeln, die sowohl moralisch als auch ökonomisch vertretbar sind:**

Ein junger Vertriebsmitarbeiter eines großen deutschen Versicherungskonzerns erhält seine erste große Bewährungschance: Es gilt die Ausschreibung für die Beteiligung an einem bisher staatlichen Versicherungskonzern im Ausland zu gewinnen. Der zuständige ausländische Wirtschaftsminister sagt, das Angebot sei gut, aber nur gegen eine Gefälligkeitszahlung (Bestechung) an ihn würde auch der Zuschlag erfolgen. Vereinfachend betrachtet stehen diese vier Alternativen zur „Lösung“ des Konflikts zur Verfügung:

(A) Bestechung akzeptieren und Betrag auf den Angebotspreis aufschlagen = Auftrag für Firma und Arbeitsplätze in Deutschland sichern und eigene Karriere fördern.

(B) Rücksprache mit der Firma halten und nach den firmeninternen Verhaltensrichtlinien (Ethik-kodex) fragen. Mögliche Antworten:

a) Keine Regelung vorhanden – entscheiden Sie selbst.

b) Bestechung gehört zum Alltag, andere Firmen zahlen auch.

c) Unsere Unternehmenskultur („Codes of Conduct“) verbietet Korruption.

(C) Korruptionsversuch aufgrund eigener Gewissensbisse zurückweisen.

(D) Bestechung akzeptieren, aber geforderten Betrag verdoppeln (als Risikoaufschlag für sich selbst).

Eigene Zusammenstellung

Die einzelwirtschaftliche Entscheidungssituation stellt sich allerdings so dar, dass jedes Unternehmen den Auftrag erhalten will und daher einen Anreiz hat, zu korrumpieren. Unternehmen, die moralisch handeln wollen, schaden sich in diesen Fällen selbst. Es muss daher um eine wettbewerbsneutrale Regelgestaltung zur Verhinderung von Korruption gehen. Das heißt um Regeln, die mehr Transparenz verlangen und die Auftragsvergabe so gestalten, dass für die Unternehmen kein Anreiz besteht, zu korrumpieren – und für die Beamten, die die Aufträge vergeben, sich korrumpieren zu lassen. Wichtig ist es deshalb, an den Ursachen anzusetzen und für bestreitbare Märkte, überschaubare Bürokratie und Zuständigkeiten, mehr Transparenz und hohe Strafen für Korruption zu sorgen. So gesehen ist Korruption eher ein strukturelles und damit ein auf der institutionellen Ebene zu lösendes moralisches Problem.

Auf Unternehmensebene können Ethik-Kodizes geschaffen werden, in denen sich die Unternehmen verpflichten, transparent zu handeln und korruptes Handeln ihrer Mitarbeiter durch entsprechende Anreize zu verhindern. Für Mitarbeiter (vgl. Übersicht 2), die sich zwischen einem lukrativen Auftrag und der Sicherung von Arbeitsplätzen im eigenen Unternehmen auf der einen und moralisch einwandfreiem Verhalten auf der anderen Seite entscheiden müssen, ist eine solche Dilemmasituation über passende Regeln auf Unternehmensebene zu beseitigen. Aus unternehmensethischer Perspektive sorgen Ethik-Kodizes, also Leitlinien für das Verhalten des Unternehmens und seiner Mitarbeiter, für moralisches Verhalten. Primär sollte die Selbstverpflichtung verankert werden, keine betrügerischen Handlungen (wie zum Beispiel Korruption) zu begehen oder sich an solchen zu beteiligen. Zusätzlich sollten die Mitarbeiter in die Pflicht genommen werden, betrügerische Handlungen, sobald sie davon Kenntnis erlangen, öffentlich zu machen oder als „Whistleblower“ diese an einen Ombudsmann zu melden. Über diese Maßnahme gelingt es, moralisches Verhalten ohne Imageschaden zu belohnen (Enste/Wildner, 2014).

#### **Wirtschaftsethik**

Die Wirtschaftsethik befasst sich allgemein mit der Frage, welche moralischen Normen und Werte unter den Bedingungen der Knappheit von Gütern und Produktionsfaktoren umgesetzt werden können.

#### **Ordnungsethik**

Die Ordnungsethik sucht nach allgemeinen, universalisierbaren sowie dauerhaften Regeln und Restriktionen, die ethische und wirtschaftliche Erfordernisse miteinander in Einklang bringen. Ansatzpunkt für die Ordnungsethik ist die Gestaltung der staatlichen Rahmenbedingungen durch politische Entscheidungsprozesse.

## Unternehmensethik

Die Unternehmensethik befasst sich damit, welche Unternehmensstrukturen und welche Unternehmenskultur ethisch gerechtfertigtes Verhalten fördern. Instrumente zur Förderung moralischen Verhaltens in Unternehmen und Gesellschaft sind zum Beispiel Wertemanagement, Unternehmenskodizes und die Übernahme sozialer Verantwortung in der Gesellschaft (Corporate Social Responsibility).

## Individaethik

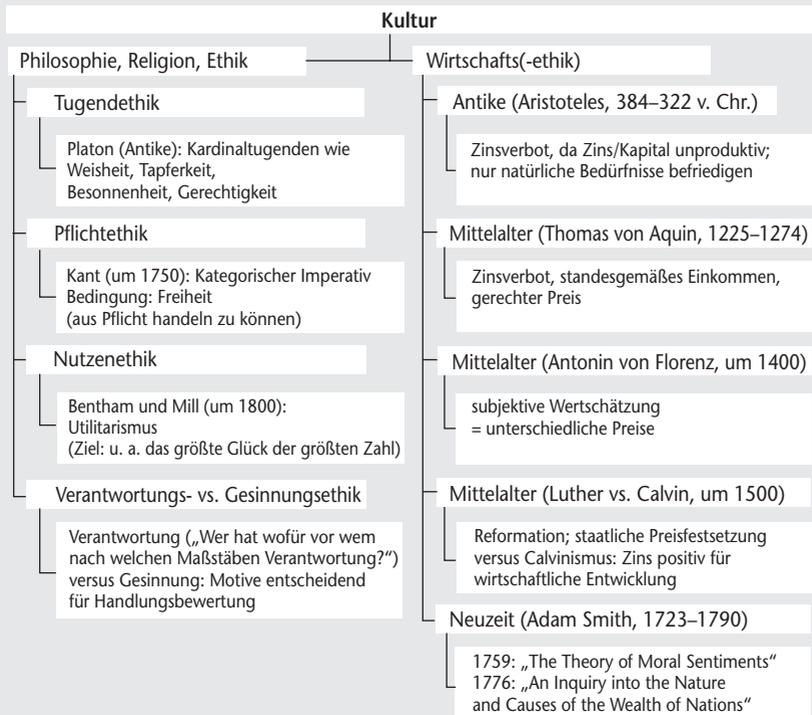
Die Individaethik fragt danach, welche individuellen Moralvorstellungen (Gewissen, Präferenzen, Berufsethos) für das Zusammenleben von Menschen erforderlich und notwendig sind. Die Individaethik hat deshalb insbesondere die Stärkung der individuellen Verantwortung vor Augen.

## Entwicklung der Wirtschaftsethik

Über mehr als zwei Jahrtausende hinweg wurden ökonomische und ethische Fragen wie selbstverständlich gemeinsam behandelt. Bereits Aristoteles (384 bis 322 v. Chr.) befasste sich im Teilgebiet der praktischen Philosophie mit den entsprechenden Fragestellungen (Übersicht 3).

## Wirtschaftsethik hat eine lange Tradition

Übersicht 3



Eigene Darstellung

Adam Smith, der als Begründer der Volkswirtschaftslehre gilt, hat sich sowohl mit moralphilosophischen als auch mit ökonomischen Fragen beschäftigt. Er hat zunächst ein Werk über die Theorie ethischer Gefühle („The Theory of Moral Sentiments“, 1759) veröffentlicht, bevor dann 1776 sein Hauptwerk zum Wohlstand der Nationen („Wealth of Nations“) erschien. Erst unter dem Einfluss von Max Weber (1864 bis 1920), der die Werturteilsfreiheit propagierte, fand eine strikte Trennung zwischen Ethik und Ökonomik statt. Während die Ethik normative Bewertungen abgibt, steht bei der Ökonomik die Beschreibung und Erklärung wirtschaftlichen Verhaltens im Mittelpunkt, wobei Wertungen und Meinungen nach Weber außen vor bleiben beziehungsweise explizit als solche gekennzeichnet werden sollten. So fruchtbar diese Trennung in normative und positive Theorien gewesen ist, so nötig ist es, diese beiden Welten mit Blick auf die angewandte Politikberatung wieder zusammenzuführen. Dann kann die Wirtschaftsethik nach Homann (1999, 322 ff.) in zweierlei Hinsicht befruchtend wirken:

- **Implementierung von moralischen Normen**

Die Ökonomik kann einen Weg weisen, wie moralische Normen in anonymen Großgesellschaften mit neuen Sozialstrukturen überhaupt noch implementiert werden können. Adam Smith (2006) bereitete dafür den Weg (vgl. Kapitel 3.1), indem er verdeutlicht, dass sich moralische Zielsetzungen in modernen Gesellschaften nur via Eigeninteresse über die nicht intendierten Folgen absichtsvollen Handelns durchsetzen lassen. In einer arbeitsteiligen anonymen Großgesellschaft mit einer wettbewerblichen Wirtschaftsordnung kann das Kernproblem der Kontrolle nicht mehr generell über intersubjektive Kontrolle gelöst werden. Es bleibt nur der Weg der Selbstkontrolle. Moralisten setzen dabei auf das Gewissen des Einzelnen, der über internalisierte Wertvorstellungen sein Verhalten selbst kontrolliert. Unter Wettbewerbsbedingungen ist dies jedoch nicht systematisch durchsetzbar, da moralisches Verhalten durch die Konkurrenten ausbeutbar ist. Folglich bleibt nur „die Selbstkontrolle entlang eigener Vorteilskalkulationen. Damit erweist sich das ‚Eigeninteresse‘, ‚self interest‘ oder ‚own interest‘ bei Adam Smith, als die moderne Form der sozialen Kontrolle. Das Eigeninteresse ist also nicht als moralisch verwerflicher Egoismus zu interpretieren, der aus bösen, weil selbstsüchtigen Urtrieben des Menschen stammt, vielmehr stellt das Eigeninteresse in Verbindung mit einer sanktionsbewehrten Rahmenordnung und dem Wettbewerb das funktionale Äquivalent zur sozialen Kontrolle gemäß der Face-to-face-Modelle von Interaktionen dar“ (Homann, 1999, 332).

Vereinfacht gesagt: Markt schafft Moral. Die eigentliche Herausforderung liegt somit in der Gestaltung einer Rahmenordnung, die moralisches Handeln belohnt. Bedeutsam ist dabei die Unterscheidung von Handlungen (Spielzügen) und Handlungsbedingungen (Spielregeln), welche sich dann auch in der Differenzierung in Individual-/Handlungsethik auf der einen und Regel-/Institutionen-/Ordnungs-/Struktur- oder Bedingungssethik auf der anderen Seite widerspiegelt. Wirtschaftsethik insgesamt wird in diesem Sinne als „Bereichsethik“, als „Ethik für die Wirtschaft“ verstanden, die untersucht, welche moralischen Normen und Werte unter den Bedingungen der Knappheit von Gütern und Produktionsfaktoren umgesetzt werden können.

- **Ökonomische Theorie der Moral**

Ein anderer Weg der Wirtschaftsethik, verstanden als „Ethik mit ökonomischer Methode“ (Homann, 1999, 332; 2014), kann neue Impulse für die Erklärung menschlichen Verhaltens liefern und helfen, einen Dualismus von Ethik und Ökonomik zu vermeiden. Wegbereiter für die breitere Anwendung der ökonomischen Methode auf andere sozialwissenschaftliche Themenfelder, darunter auch moralische, war Nobelpreisträger Gary S. Becker (1982; 1996). Die Theorie der rationalen Wahl wird dabei in Verbindung mit der Kosten-Nutzen-Kalkulation auf verschiedene gesellschaftliche und individuelle Phänomene angewandt, was ursprünglich kritisch, mittlerweile neutral als „ökonomischer Imperialismus“ bezeichnet wird. Die ökonomische Analyse ethischer Probleme auf Basis des methodologischen Individualismus und des Homo Oeconomicus wird als ökonomischer Reduktionismus kritisiert, womit wesentliche moralische Aspekte vernachlässigt würden. Dennoch bietet die einfache ökonomische Vorteils-/Nachteils-Kalkulation eine solide Basis, um die „Ad-Hoc-Theoriebildung“ in den Sozialwissenschaften zur Erklärung des Handelns zu unterbinden und durch eine methodisch kontrollierte interdisziplinäre Theoriebildung zu ersetzen (Homann, 1999, 340).

Eine in diesem zweifachen Sinne verstandene Wirtschaftsethik kann sowohl aus wissenschaftstheoretischer als auch aus wirtschaftspolitischer Sicht neue Impulse geben und verdeutlicht – in Anlehnung an eine Formulierung Kants – „Ethik ohne Ökonomik ist leer, Ökonomik ohne Ethik ist blind“ (Homann, 2005, 263). Beide Wege der Wirtschaftsethik bieten Ansatzpunkte, die Zielharmonie zwischen Wirtschaft und Ethik herzustellen und die Fruchtbarkeit der Befassung mit wirtschaftsethischen Themen für Ökonomik und Philosophie hervorzuheben.

## 2.2 Mensch ohne Moral

Die Kritik an ökonomischen Lösungsansätzen und der Marktwirtschaft nimmt ihren Ausgang beim Menschenbild der Ökonomie, dem Homo Oeconomicus. Die Vorstellung, dass der Mensch ein eigennütziges und nicht altruistisches Wesen ist, erscheint vielen als eine unrealistische und verkürzende Annahme. Oftmals wird dabei jedoch Eigeninteresse mit Eigensucht beziehungsweise Egoismus verwechselt. Die Verfolgung des Eigeninteresses ist moralisch legitim und eine evolutorische Erfolgsnotwendigkeit, um das Überleben des Einzelnen, aber auch der Gesellschaft/Gemeinschaft zu sichern. Dementsprechend lautet das christliche Gebot der Nächstenliebe auch: „Liebe deinen Nächsten wie Dich selbst.“ Dies setzt das Vorhandensein der Eigenliebe voraus. Insofern ist auch nur die Ausnutzung und die Verfolgung egoistischer eigensüchtiger Interessen auf Kosten anderer moralisch bedenklich, weil dem Sozialzusammenhalt abträglich. Das Verhalten des Homo Oeconomicus ist demgegenüber durch gegenseitig desinteressierte Vernunft gekennzeichnet und nicht opportunistisch.

Unabhängig davon ist die Kritik am Menschenbild des (neoklassischen) Homo Oeconomicus in einigen Fällen durchaus gerechtfertigt. Denn bei aller grundsätzlichen Erklärungskraft vieler ökonomischer Modelle, gibt es einige Verhaltensanomalien, welche deren Grenzen aufzeigen. Kahneman und Tversky (1990) haben als bekannteste Vertreter der Forschungsrichtung „Economic Psychology“ beziehungsweise „Behavioral Economics“ in verschiedenen Experimenten nachgewiesen, dass sich Individuen systematisch anders verhalten, als dies die (neoklassische) ökonomische Theorie vorhersagt (Enste/Hüther, 2011). Dies gilt vor allem bezüglich der Wahrnehmung von Wahrscheinlichkeiten, der Informationsverarbeitung (Habits) und der Abhängigkeit des Verhaltens von der Präsentation einer bestimmten Situation (Framing).

Fundament für die Verbreiterung des Menschenbilds ist die Rational Choice Theorie beziehungsweise die ökonomische Nutzentheorie. An sie lassen sich verschiedene sozial- und wirtschaftspsychologische Theorien anknüpfen, sodass einerseits die Vorzüge der einfachen ökonomischen Modellannahmen genutzt werden und andererseits gleichzeitig eine Verbreiterung des Modells möglich ist. Übersicht 4 verdeutlicht die unterschiedlichen Schwerpunkte der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften bezüglich des Menschenbilds.

Als integratives Menschenbild für die Analyse menschlichen Verhaltens unter Einbeziehung moralischer und psychologischer, die Präferenzen betreffender Komponenten bietet sich das sogenannte RREEMM-Menschenbild an (Esser, 1991; 1999). Der Akteur kann zwischen verschiedenen Optionen

## Ein erweitertes Menschenbild

Übersicht 4

Komponenten	Homo Oeconomicus (Neoklassik)	Homo Sociologicus	Theologie und (Sozial-) Psychologie	RREEMM-Menschenbild
Ressourceful			X	X
Restricted	X			X
Evaluating		X		X
Expecting		X		X
Maximizing	X			X
Man			X	X

Quelle: Enste, 2002

wählen (**R**essourceful), ist gleichzeitig aber Opportunitäten beziehungsweise Restriktionen (**R**estricted) ausgesetzt, die sein Handeln einschränken. Für die Selektion einer Alternative bildet er Erwartungen (**E**xpectations) und Bewertungen (**E**valuations) bezüglich der Handlungsfolgen, bevor er sich Nutzen maximierend (**M**aximizing) entscheidet. Mit Blick auf die Frage nach moralisch einwandfreiem Verhalten spielen die in der Theologie und Psychologie näher betrachteten Einstellungen und Motivationen sowie deren Einfluss auf das Verhalten eine entscheidende Rolle, die hier unter der **Man**-Komponente zusammengefasst werden (Übersicht 4). Bemerkenswert ist, dass Max Webers „Idealtypen“ der Zweck- und Wertrationalität in ihren Grundzügen jeweils den Modellen des Homo Oeconomicus und Homo Sociologicus entsprechen (Baurmann, 1996, 284). Auf dieser Basis lässt sich die Ethik und die Ökonomik weiterentwickeln (Enste/Wildner, 2015).

Schwerpunktmäßig kann dieses erweiterte Menschenbild insbesondere die Bedeutung einer Individualmoral für das menschliche Verhalten auf der Mikro- sowie Mesoebene und damit auch für die Entwicklungen auf der Makroebene begründen. Dabei geht es keinesfalls darum, die Vorzüge der ökonomischen Theorie hinsichtlich der Erklärung menschlichen Verhaltens über Variationen der Anreize/Restriktionen zu negieren. Es geht vielmehr um die systematische Erweiterung des Erklärungsansatzes mit Blick auf den Einfluss von Normen, gesellschaftlichen Sanktionen und moralischen Wünschen auf menschliches Verhalten. Mithilfe der methodisch systematischen Einbindung unterschiedlicher Theoriestränge aus den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften lässt sich unmoralisches und sozial deviantes Verhalten besser erklären, als mit rein ökonomischen Theorien. Eine ausufernde Theorien-

vielfalt, bei der für jedes Alltagsphänomen eine andere Theorie präsentiert wird, kann vermieden werden, wenn die Nutzentheorie als Basis verwendet wird, wie in den Forschungsrichtungen „Economic Psychology“ und „Behavioral Economics“. Diese Erweiterungen sorgen dafür, dass Ökonomik nicht mehr blind ist und der Homo Oeconomicus sehen lernt. Enste/Hüther (2011) zeigen, wie dieses Wissen auf die Ordnungspolitik übertragen werden kann.

### 2.3 Markt gefährdet Moral

Genauso wie der ökonomische Imperialismus bei der Analyse menschlichen Verhaltens in den Sozialwissenschaften kritisiert wird, befürchten viele auch, dass die Durchdringung der Gesellschaft mit utilitaristischem Gedankengut und die Anwendung marktwirtschaftlicher Prinzipien in immer mehr Bereichen des wirtschaftlichen Lebens bis hin zur Daseinsvorsorge den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährden und systematisch Moral, Vertrauen und Sozialkapital vernichten. Dabei beruht eine marktwirtschaftliche Ordnung in entscheidendem Maße darauf, dass sich die Gesellschaftsmitglieder friedlicher Mittel bedienen, um ihren persönlichen Wohlstand zu verbessern und auf Betrug, Täuschung, Diebstahl oder Raub verzichten. Aber warum sollten Wirtschaftsakteure die „Grundsätze eines ehrbaren Kaufmanns“ einhalten und sich nicht opportunistisch verhalten? Je anonymisierter und kurzfristiger die Tauschbeziehungen sind, desto weiter ist betrügerisches oder auf den schnellen Gewinn ausgerichtetes Verhalten auch verbreitet, wie zum Beispiel beim Internetauktionenhaus „Ebay“ immer wieder zu beobachten ist. Deshalb spielt dort – neben dem Preis – der (wechselseitige) Aufbau von Reputation über die Abgabe von Bewertungen für erfolgreiche Transaktionen eine wichtige Rolle. Infrage gestellt wird jedoch, ob dieser Reputations- und Vertrauensaufbau systematisch und nachhaltig gelingt.

Die Sorge, dass der Kapitalismus und die Marktwirtschaft an ihren eigenen Erfolgen – und nicht wie Marx prophezeite an den Mängeln und Misserfolgen – zugrunde gehen, hat bereits Schumpeter (1950, 106 ff.) beschäftigt. Für seine These führt er mehrere Argumente an, von denen einige teilweise noch heute aktuell sind. Sein Ausgangspunkt war, dass der Markt gewissermaßen auf Kosten der alten Feudalgesellschaft mit ihren hohen Moralstandards lebe und das vorhandene Moralkapital schrittweise verbrauche (Schumpeter, 1950, 219 ff.). Eindrucksvolle Belege für diese Grundthese liefern, so Watrin (1999, 242), die Post-Transformationswirtschaften, „wo der Zerfall der staatlichen Ordnung zu einem so genannten Mafia-Kapitalismus geführt hat, der sich seine Schutzdienste mit ausbeuterischen Preisen

und Praktiken honorieren läßt.“ Dies verdeutlicht die Notwendigkeit eines rechtsschützenden Staates für eine für alle wohlstandsfördernde Marktwirtschaft ohne Korruption.

Ein solcher Staat alleine reicht jedoch nicht aus, um den reibungslosen Ablauf marktwirtschaftlicher Transaktionen zu sichern. Denn die Transaktionskosten für eine entsprechende staatliche Kontrolle und Bestrafung von abweichendem und betrügerischem Verhalten wären immens und die dafür notwendige Bürokratie würde ein Kernelement der Marktwirtschaft – nämlich die Freiheit – gefährden. Fundament ist somit das vorhandene moralische und soziale Kapital, welches durch sieben Entwicklungstendenzen gefährdet sein könnte:

### **(1) Vermehrtes Auftreten des Prinzipal-Agenten-Problems**

Da Eigentümer (Prinzipal) und Management (Agenten) sich auseinanderentwickeln, übernehmen häufig Verwalter anstelle von Unternehmern die Leitung von Unternehmen, wie Schumpeter (1950, 210 ff.) voraussah. Im Rahmen der Neuen Institutionenökonomik wird dieses Problem mit der Prinzipal-Agenten-Theorie untersucht. Ausgangspunkt ist das Vorliegen asymmetrischer Informationsverteilung, die eine vollständige Kontrolle unmöglich macht. Da Manager zudem nicht mit ihrem eigenen Vermögen für ihre Fehlentscheidungen haften, können Interessengegensätze zwischen Eigentümer und Verwalter entstehen, die möglichst durch eine geeignete Gestaltung der Anreizstruktur (vgl. Übersicht 5) vermieden werden sollen.

### **(2) Zunehmende Regulierung**

Schon Schumpeter betrachtete die zunehmende Bürokratisierung und die staatlichen Regulierungen des freien Vertragsrechts vor allem auf dem Arbeitsmarkt als Gefahr, da diese tragende Säulen des Kapitalismus wie die Vertragsfreiheit infrage stellten. Allerdings ist dies wohl eher dem Staat als dem Markt zum Vorwurf zu machen (Enste/Hardege, 2009; Enste/Wildner, 2014 für neuere empirische Befunde).

### **(3) Auflösung der bürgerlichen Familie**

Den Rückgang der Kinderzahl sah Schumpeter ebenfalls als Gefahr für den Kapitalismus an, da dieser zur Abschwächung des Gewinnmotivs und des intergenerativen Gerechtigkeitsmotivs führe. Manche Staaten können das verloren gehende Sozialkapital durch den nationalen Zusammenhalt (Patriotismus) kompensieren.

## Anwendungsbeispiel – Manager ohne Moral?

Übersicht 5

Unternehmer, Manager und Politiker haben seit einiger Zeit mit einem Imageverlust zu kämpfen, da ihnen der Ruf anhaftet, zu sehr situative Nutzenmaximierer zu sein. Zwar hat auch das Ansehen vieler anderer Berufsgruppen – mit Ausnahme der Ärzte – gelitten, aber vor allem Manager und Politiker finden sich zusammen mit Gewerkschaftsführern am Ende der Berufsprestigeskala wieder.

Lehmann (2004) bedauert das schlechte Bild des Unternehmers und Managers in der Öffentlichkeit und fordert, dieses zu revidieren: „Viele Unternehmer, gerade im breiten Mittelstand, sorgen sich um das Wohl ihrer Mitarbeiter, durch ihren menschlichen Umgang, aber auch durch ihren täglichen Kampf um den Erfolg ihres Unternehmens.“ Schließlich habe auch Jesus gewisse Züge des Kaufmanns und vergleichbarer Berufe positiv hervorgehoben. Wenngleich die Gleichnisse nicht immer unmittelbar verständlich sind, verdeutlicht Kardinal Lehmann, inwieweit Jesus die Tugenden wie Entschlossenheit, Erfindungsgeist, Risikobereitschaft und Cleverness bei diesen Berufen (zum Beispiel dem Wechsler) lobt. Nur das opportunistische, regelverletzende Verhalten der Wechsler im Tempel seines Vaters ist Jesus zuwider. „Ich bin dankbar für die Unternehmer, die um der Menschen Willen so handeln. Und es sind sehr viele.“ (Lehmann, 2004)

Diese Worte stehen im Widerspruch zur häufig geäußerten Kritik an Unternehmern, die sich vor allem an Korruptionsskandalen, Bilanzfälschungen und Gigantomanie entzündet. Aber die große Zahl an – in den Medien selten genannten – (Familien-)Unternehmern verkörpert tatsächlich noch ein anderes Unternehmerethos. Wenngleich auch für sie die Gewinnmaximierung oberstes Ziel ist, agieren sie noch sehr viel stärker gemäß den Gepflogenheiten des „ehrbaren Kaufmanns“.

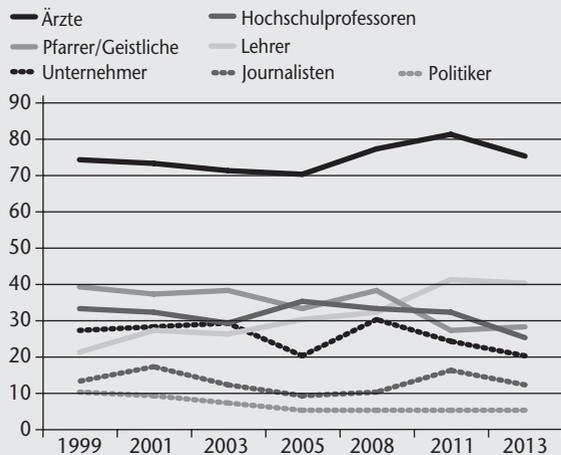
Den Führungskräften, Unternehmern und Managern kommt eine wichtige Vorbildfunktion zu, die sie allerdings, wie die Berufsprestigeskala verdeutlicht, zunehmend nicht mehr erfüllen (Abbildung 1). Sie setzen moralische Standards. Aber wenn sich die Eliten wenig moralisch verhalten, haben die Mitarbeiter weniger Skrupel, sich ebenfalls moralisch fragwürdig zu entscheiden.

Die besondere Beobachtung, unter der die Führungskräfte (aber auch Politiker) sowohl im Unternehmen als auch in der Gesellschaft stehen, hat viel mit der Handlungs- und Geltungsmacht zu tun, die sie haben. Viel Macht ist gleichbedeutend mit großer Verantwortung und sollte auch mit entsprechender Haftung einhergehen.

Ein wesentlicher Grund für das geringe Prestige von Managern und Politikern ist, dass beide

### Ansehen bestimmter Berufsgruppen Abbildung 1

Antworten auf die Frage: „Hier sind einige Berufe aufgeschrieben. Könnten Sie bitte die fünf davon herausuchen, die Sie am meisten schätzen, vor denen Sie am meisten Achtung haben?“, in Prozent (Mehrfachnennungen)



Quelle: IfD, verschiedene Jahre

Gruppen über die finanziellen Mittel anderer Personen (Aktionäre, Steuerzahler) ohne eigenes oder mit nur geringem eigenen Risiko entscheiden. Dieses Kernproblem wird in der Literatur als Prinzipal-Agenten-Problem bezeichnet. Gelöst werden kann das Auseinanderfallen von Kompetenz (Verantwortung) und Haftung, indem klare Haftungsregeln mit den Managern vereinbart werden. Ein Unternehmer haftet unter Umständen mit seinem gesamten Vermögen für Fehlentscheidungen. Um auch für Manager entsprechende Anreize zu setzen, sind nicht nur Regelungen notwendig, bei denen Manager im Erfolgsfall profitieren, sondern auch Regeln für den Misserfolgsfall. Eine Haftung bis zur Höhe eines Jahresgehalts wird von einigen gefordert. Um die langfristige Gewinnmaximierung in die Nutzenfunktion der Manager einzufügen, sind entsprechende Regeln für die Gewinnbeteiligung erforderlich. Durch entsprechende Vertragsgestaltung kann somit erreicht werden, dass nicht der situationale, sondern der dispositionelle Nutzenmaximierer profitiert. Nicht opportunistisches Verhalten, sondern eigennütziges Verhalten wird belohnt, welches gleichzeitig den Aktionären dient.

Die absolute Höhe der Managergehälter ist dabei weniger relevant als die genaue Anreizgestaltung. Die genaue Vergütungshöhe sorgt vor allem für Neideffekte innerhalb der Vorstandsmitglieder, aber unter Umständen auch für einen Vergütungswettlauf zwischen Unternehmen. Für die Aktionäre sind selbst Millionengehälter bei der Anlageentscheidung kaum relevant, wenn Unternehmen Milliardengewinne erzielen, da diese nur einen Bruchteil des eigenen Anlageerfolgs ausmachen. Wichtiger ist somit die Anreizgestaltung, sodass der Manager aus Eigeninteresse den nachhaltigen Unternehmensgewinn im Blick hat. Auch für Politiker müsste es eine stärkere performance-bezogene Vergütung geben. Dazu zählt die strikte Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips, um möglichst die Unmittelbarkeit der politischen Entscheidungen auf das Ergebnis sicherzustellen und gleichzeitig direktdemokratisch das Verhalten sanktionieren zu können. Kommunale und staatliche Unternehmen benötigen – ähnlich wie Aktiengesellschaften – einen eigenen Corporate Governance Kodex, mit dessen Einhaltung Interessenkonflikte der Politiker ausgeschlossen werden können.

Eigene Zusammenstellung

#### **(4) Wertewandel**

Verstärkt wird die Wandlung vom „sozialen Wesen“ zum „Eigennutzmaximierer“ durch vermehrtes Lehren und Erlernen der utilitaristischen Lektionen. Der Altruismus verliert dadurch seine moralisch herausgehobene Stellung, wie nicht nur Theologen befürchten (DBK/EKD, 2014), sondern auch Forschungsergebnisse von Experimenten mit Ökonomiestudenten zeigen: Zu Beginn ihres Studiums unterscheiden sich die Moralvorstellungen von Psychologie- und Ökonomiestudenten nicht. Studenten höherer Semester verhalten sich dagegen systematisch anders. Die angehenden Betriebswirte entscheiden sich durchschnittlich sehr viel eigennütziger als die werdenden Psychologen (zum Beispiel Frank et al., 1993; 1996). Zu viel utilitaristische Lehre könnte somit den Bestand an Moralkapital gefährden. Zu wenig ökonomisches Wissen gefährdet hingegen den Wohlstand (Enste et al., 2009).

#### **(5) Verringerung des Sozialkapitals**

Der Verlust der „gefühlsmäßigen Anhänglichkeit an die Sozialordnung“ (Schumpeter, 1950, 234) durch die Zunahme von arbeitsteiligen, anonymen

Transaktionen stellt eine weitere Gefahr für den Kapitalismus dar. Denn „ohne eine derartige Anhänglichkeit muss die Kombination säkularer Fortschritts und individueller Unsicherheit, die aus dem schöpferischen Zerstörungsprozess beziehungsweise dem stetigen Anpassungsdruck entsteht, Unruhe und Groll erzeugen“ (Weede, 1990, 67). Die irritierten Massen werden von kritischen Außenseitern ohne praktische Erfahrung oder konkrete Verantwortung im Wirtschaftsleben mit Angriffen gegen Marktwirtschaft und Kapitalismus geködert, wie Schumpeter (1950, 243) befürchtet. Diese „Feinde des Kapitalismus“ profitieren von der (Meinungs-)Freiheit innerhalb des Kapitalismus und können so den Widerstand gegen die Marktwirtschaft schüren. Gerade der Erfolg der Marktwirtschaft führt dann zu ihrem Untergang, weil sie Intellektuellen über den gestiegenen Wohlstand erst die Chancen und Ressourcen für die Kritik am Bestehenden ermöglicht, die angestachelt wird durch unterwertige Beschäftigung (heutiges Schlagwort „Generation Praktikum“) oder Teilzeitarbeitslosigkeit der Intellektuellen. Entsprechend kritisch äußern sich Homann/Gruber (2014).

#### **(6) Ruin durch Verteilungskonkurrenzen**

Die erfolgreiche marktwirtschaftliche Ordnung ist – mit Mancur Olson (1968; 1991) – als öffentliches Gut aufzufassen. Denn entweder leben alle Mitglieder der Gesellschaft in einer Ordnung, die effiziente Ressourcenallokation, Innovation und beiderseitig vorteilhafte Absprachen und Tauschvorgänge erlaubt, oder alle müssen eine andere Ordnung hinnehmen. Private Eigentums- und Verfügungsrechte sind also kollektiv anerkannte individuelle Handlungsbefugnisse. Alle Rechte gehen auf eine kollektive Entscheidung zurück. Privatheit ist in diesem Sinne ein öffentlich bereitgestelltes Gut. Damit verbunden ist die Konsequenz, dass alle vom Wohlstand, den die Marktwirtschaft schafft, profitieren, da keiner ausgeschlossen werden kann. Gleichzeitig ist es für die Befürworter wenig attraktiv, sich für den Erhalt der marktwirtschaftlichen Ordnung einzusetzen, da sie in Relation zu ihren Kosten nur einen geringen Ertragsanteil haben. Hinzu kommt die Schwierigkeit, dass eine große Gruppe von Befürwortern nur schwer zu organisieren ist. Gerade unter Eigennutzmaximierern, zu denen die primären Profiteure der marktwirtschaftlichen Ordnung zählen, ist die Trittbrettfahrermentalität besonders ausgeprägt. Deshalb fehlt hier oft die Motivation, die marktwirtschaftliche Ordnung gegen Partikularinteressen zu verteidigen. Insofern benötigt die Marktwirtschaft gesellschaftliche Schichten und Menschen die bereit sind, sich aus moralischen, intrinsischen Gründen für die Marktwirt-

schaft einzusetzen, obwohl dies den Grundannahmen des neoklassischen Menschenbilds widerspricht. Darin liegt für Schumpeter eine Kerngefahr für eine marktwirtschaftliche Ordnung, da sie womöglich durch „ihre eigenen Kinder zugrunde geht“.

### **(7) Verdrängung der intrinsischen Motivation**

Frey (1997) betont noch eine andere Gefahr durch die Ökonomisierung, welche die moralische Motivation betrifft. Die extrinsische (von außen kommende) Motivation über monetäre Anreize kann zur Verdrängung intrinsischer (aus sich heraus bestehender) Motivation führen. Dies würde unter Umständen zu einer Umkehrung des Preiseffekts führen: Werden bislang aus intrinsischer Motivation getätigte Leistungen durch Geldzahlungen belohnt, verringert sich unter bestimmten Voraussetzungen das Gesamtangebot durch die Einführung des Preises. Wurden vor Einführung der Gesetzlichen Pflegeversicherung beispielsweise die Pflegebedürftigen innerhalb der Familie gepflegt, führt die Bezahlung dazu, dass sich die bisher intrinsisch motivierte Pflege verringert. Sofern der monetäre Anreiz als nicht adäquat für die subjektiv empfundene Leistung angesehen wird, kommt es im Endeffekt sogar trotz Preiserhöhung/-einführung zu einem geringeren Angebot an Pflegeleistungen (Enste, 2004, 115 ff.). Außerdem wird das Sozialkapital verringert. Diese Verdrängungseffekte sind vor allem bei familiären Strukturen, engen Netzwerken oder bei einem hohen Involvement (Ich-Beteiligung) der Beteiligten zu befürchten.

Den pessimistischen Vorhersagen zum völligen Verlust des moralischen Kapitals, deren empirische Bestätigung angesichts der offenbar noch vorhandenen Quellen der Moral aber aussteht (Watrin, 1999), kann die Suche nach Gegenkräften entgegengesetzt werden, die dafür sorgen, dass die Marktwirtschaft zwar als Voraussetzung Moral benötigt, aber auch selbst Moral schaffen kann.

## **2.4 Markt braucht Moral**

Die Soziale Marktwirtschaft benötigt als Fundament gewisse moralische Grundwerte, ohne die es zu einer vermehrten Ausnutzung des Sozialstaates durch „Trittbrettfahrerverhalten“ und zu mehr Betrug, Korruption, persönlicher Bereicherung und Vertragsbruch kommt, die auch nicht durch härtere Strafen oder bessere staatliche Überwachung verhindert werden können. Von Grundwerten profitieren letztlich alle: die Wirtschaft zum Beispiel von einer verbesserten (Arbeits-)Moral und Motivation sowie von geringeren Trans-

aktionskosten, der Staat von weniger Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit und Korruption, und die Kirchen etwa durch eine breitere Akzeptanz in der Wirtschaft und der modernen Gesellschaft. Ist hingegen Misstrauen weit verbreitet, wird die Allokation der Produktionsfaktoren behindert, der Tausch von Gütern und Dienstleistungen erschwert und damit die Arbeitsteilung als wesentliche Basis wirtschaftlicher Entwicklung gefährdet. Die Transaktionskosten – wie beispielsweise die Kosten des Vertragsschlusses und der Kontrolle – werden bei fehlendem Vertrauen so hoch, dass viele komparative Kostenvorteile, die zur arbeitsteiligen Gestaltung der wirtschaftlichen Prozesse führen, zunichte gemacht werden.

Auch spieltheoretische Experimente zeigen, dass kooperative Strategien, die auf Vertrauen basieren, erfolgreicher sind als defektierende Strategien – allerdings nur, wenn nicht zu viele Spieler misstrauisch sind und jede Kooperation verweigern. Im Schnitt hat sich in diversen Studien die sogenannte „Tit for Tat“-Strategie als erfolgreichste erwiesen. Das heißt, man kooperiert zu Beginn, bietet also einen Vertrauensvorschuss. Wenn das (anonyme) Gegenüber ebenfalls kooperiert, kooperiert man im nächsten Schritt erneut. Sollte das Gegenüber aber defektieren und den Vertrauensvorschuss ausnutzen, ist man beim nächsten Mal unkooperativ (vgl. dazu grundlegend Axelrod, 1984; 1997). Neuere Studien zeigen zudem, dass eine positive Reziprozität erfolgreicher ist als eine negative, bestrafende Gegenseitigkeit. Gleiches mit Gleichem zu vergelten ist somit dann erfolgversprechender, wenn Gutes mit Gutem und nicht Schädigung mit Rache vergolten wird. Der „Homo Reciprocans“, der positives Verhalten seines Gegenübers mit ebenfalls positiven Handlungen belohnt, hat mehr soziale Bindungen, ist wirtschaftlich erfolgreicher und hat weniger Fehlzeiten im Beruf (vgl. Dohmen et al., 2006).

Die Ansicht, dass ein funktionierendes marktwirtschaftliches System wenigstens ein Mindestmaß an Moralkapital benötigt, ist weit verbreitet. Nicht nur Papst Benedikt XVI. betonte dies: „Auch die seelischen Kräfte sind ein Wirtschaftsfaktor: Die Marktregeln funktionieren nur dann, wenn ein moralischer Grundkonsens besteht und sie trägt“ (Ratzinger, 1985). Auch Ökonomen kommen in der Mehrzahl zu diesem Schluss. Empirische Analysen für 28 OECD-Staaten zur Bedeutung von Moral und Vertrauen für Wirtschaftswachstum und Wohlstand zeigen, dass diese nicht nur mit höherem Wachstum und Wohlfahrt einhergehen, sondern auch mit einer höheren Lebenszufriedenheit (Enste et al., 2013). Die Korrelation zwischen generellem Vertrauen und Lebenszufriedenheit ist – basierend auf Daten aus dem Jahr 2010 – hochsignifikant ( $R^2 = 0,78$ ). Gleiches gilt für den Zusammenhang von

Vertrauen und Bruttoinlandsprodukt ( $R^2 = 0,62$ ). Umgekehrt zeigt sich, dass beispielsweise eine schlechte (Steuer-)Moral mit mehr Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit einhergeht (Enste/Schneider, 2006). Diese führen zur Beeinträchtigung des Wirtschaftswachstums.

Max Weber (1972; 1978) hat die positiven Folgen der protestantischen beziehungsweise calvinistischen Ethik für die wirtschaftliche Entwicklung ausführlich begründet. Da der ökonomische Erfolg als ein äußeres Zeichen des Erwähltheits durch Gott galt, kam es zu einer engen Verschmelzung von christlichen und modernen bürgerlichen Normen, die sich in Selbstständigkeit, Selbstdisziplin, Sachlichkeit, Fleiß, Leistungs- und Aufstiegsorientierung sowie puristischer Lebensführung widerspiegelten. Neuere empirische Evidenz für einen positiven Zusammenhang zwischen Religion, Individualmoral, Wohlstand und Wachstum liefert eine Untersuchung von Barro/McCleary (2003). Sie ermitteln auf Basis eines Samples mit 59 Ländern einen signifikant positiven Zusammenhang zwischen dem Glauben an „Himmel und Hölle“ sowie Wirtschaftswachstum. Religion und Moral haben einen positiven Einfluss auf Wirtschaftswachstum. Dabei glauben 80 Prozent der Befragten an Gott, immerhin knapp 60 Prozent an ein Leben nach dem Tod beziehungsweise an die Existenz des Himmels. Durchschnittlich 36 Prozent gehen einmal pro Monat zur Kirche, am häufigsten die Muslime, dicht gefolgt von den Katholiken.

Barro/McCleary (2003) widersprechen in ihrer Analyse auch der üblichen Säkularisierungsthese: „Je größer der mit der Modernisierung einhergehende Wohlstand eines Landes, desto weniger Bedeutung haben Religion und Kirchen.“ Sofern man die auf restriktiven Annahmen beruhenden komplexen Berechnungen akzeptiert, gilt vereinfacht dargestellt: Kirchenbesuche haben erst einmal einen positiven Einfluss auf das Wirtschaftswachstum, denn sie unterstützen die Entstehung von Religiosität (unter anderem gemessen anhand des Glaubens an Himmel und Hölle). Religion wiederum stärkt den persönlichen Charakter und fördert Arbeitsmoral, Ehrlichkeit, ressourcenschonendes Verhalten sowie die Offenheit gegenüber Fremden und gegenüber der Globalisierung. Empirisch zeigt sich, dass insbesondere der Glaube an die Hölle, den Himmel und ein Leben nach dem Tod zu mehr Wirtschaftswachstum führt. Ist dieser Glaube und die Moral aber erst einmal mithilfe der Kirchen etabliert, wirken Kirchenbesuche wachstumshemmend, weil – so eine mögliche Erklärung – die Kirchen nicht mehr originär an der Verbreitung des Glaubens und in der Seelsorge arbeiten, sondern verstärkt die Ressourcen der Gläubigen nutzen und versuchen, politischen und sozialen Einfluss auszuüben, der sich dann wachstumshemmend auswirkt.

Die Ergebnisse belegen zumindest teilweise die Bedeutung der Moral für das Wirtschaftswachstum und weisen auch auf den von Max Weber (1972; 1978) untersuchten Einfluss des Calvinismus auf die wirtschaftliche Entwicklung hin. Unterschiedlich eingeschätzt wird hingegen, in welchem Ausmaß moralische beziehungsweise soziale Präferenzen für eine funktionsfähige Wirtschaft Voraussetzung sind. Neben den Spielregeln und Spielzügen ist mittlerweile auch die Bedeutung des Spielverständnisses für das Funktionieren einer Wirtschaftsordnung von vielen Ökonomen erkannt worden und wird entsprechend in der Wirtschafts- und Unternehmensethik berücksichtigt (Enste/Wildner, 2014; Hüther et al., 2015).

## 2.5 Markt schafft Moral

Anders argumentiert hingegen Baurmann (1996), obwohl auch er zu dem Schluss kommt, dass Markt Moral braucht. In seinem Buch „Der Markt der Tugend“ arbeitet er heraus, dass eine liberale Gesellschaft selbst Moral schaffen kann, ohne auf eine metaphysische Institution oder tradierte Werte („Gott“) angewiesen zu sein. Allerdings kommt er zu dem Schluss, dass es auf der Grundlage des (neoklassischen) Homo Oeconomicus nicht möglich ist, Moral oder eine die Rechtsstaatlichkeit sichernde Institution selbst zu schaffen. Ohne eine wertebezogene Erziehung drohen der Marktwirtschaft Gefahren aufgrund unzureichender Gestaltung der Rahmenbedingungen, da diese ja letztlich durch gewählte Volksvertreter, die wiederum ebenfalls gewisse Tugenden aufweisen sollten, erfolgen muss.

Deshalb entwickelt er das Verhaltensmodell eines „dispositionellen Nutzenmaximierers“ (vgl. Baurmann, 1996, zusammenfassend 543 ff., 643 ff.). Dieser zeichnet sich dadurch aus, dass er seinen Nutzen nicht in jedem Einzelfall maximiert, sondern dass er sich vorausschauend an persönliche Normen bindet, da längerfristiges konsistentes Verhalten mehr Nutzen stiftet als situative Nutzenmaximierung. „Während auf der Grundlage des ökonomischen Verhaltensmodells die Kluft zwischen individueller und kollektiver Rationalität angesichts der Lebensverhältnisse in der modernen Massengesellschaft unüberwindlich erscheint, lässt sich auf Grundlage des Modells des dispositionellen Nutzenmaximierers plausibel machen, dass es auch unter diesen Verhältnissen im langfristigen Eigeninteresse eines Individuums sein kann, moralische Dispositionen und Tugenden zu erwerben und damit auch die Bereitschaft, zu öffentlichen Gütern beizutragen und sie zu sichern“ (Baurmann, 1996, 644). Fazit seiner Analyse ist dementsprechend (Baurmann, 1996, 658):

*„1. Eine Gesellschaft mit einer demokratischen, rechtsstaatlichen und liberalen Ordnung kann nicht überleben, wenn sich alle Bürger ausschließlich eigennützig verhalten.*

*2. Moral und Tugend müssen sich langfristig lohnen, um auf dieser Welt nicht auszusterben.*

*3. Moralpredigten sind nutzlos.“*

## **2.6 Moralisten gefährden Moralkapital**

Über Appelle an das Gewissen eine Verbesserung der Moral in der Gesellschaft zu erreichen, wie dies der Kommunitarismus fordert (Etzioni, 1995; 1997), ist unter Umständen nicht nur nutzlos, sondern kann sogar zur Verringerung des moralischen Kapitals beitragen. Sozialpsychologische Untersuchungen auf Basis des in Kapitel 2.2 skizzierten RREEMM-Modells legen nahe, dass durch die Appelle, weniger Steuern zu hinterziehen, weniger schwarz zu arbeiten oder keinen Versicherungsbetrug zu begehen, der ehrliche Staatsbürger und Versicherungsnehmer erst auf die Idee kommt, vielleicht zu einer Minderheit zu gehören. Basierend auf der Theorie sozialer Vergleichsprozesse (Enste, 2002, 150 f.) kann gezeigt werden, dass durch die Betonung und das Publizieren von weit verbreiteter Unmoral in der Gesellschaft den ehrlichen Gesellschaftsmitgliedern erst bewusst wird, dass ein Ungleichgewicht bezüglich des eigenen Input-Output-Verhältnisses im Vergleich zu dem der anderen besteht. Folglich werden sie versuchen, die eigenen Beiträge (Steuern, ehrenamtliches Engagement usw.) zu verringern, da der Output – oftmals öffentliche Güter – nicht direkt beeinflusst werden kann. Gleichzeitig verringern sich die Skrupel, selbst den Staat oder andere anonyme Dritte (zum Beispiel Versicherungskonzerne) zu betrügen (Enste, 2002, 238 f.). Die Folge ist, dass in der Breite das Moral- und Sozialkapital erodiert und nur noch in Kleingruppen auf lokaler Ebene mit unmittelbaren Sozialkontakten Bestand hat. Nicht moralische Appelle sind somit zielführend, sondern die konsequente Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips: Je kleiner und überschaubarer das Gemeinwesen und je größer die Mitwirkungsmöglichkeiten des Einzelnen, desto stärker ist die Loyalität und Identifikation mit den (staatlichen) Institutionen. Ansatzpunkte sind demnach auch hier die Regeln und Rahmenbedingungen, wie die föderale Struktur oder die Ausgestaltung der direktdemokratischen Elemente.

## **2.7 Markt belohnt Moral**

Individuelle Moralvorstellungen müssen nicht generell im Wettbewerb untergehen. Aber individuelle Moral kann es nur geben, wenn sie entweder

durch ein entsprechendes Regelsystem vor Ausbeutung im Wettbewerb geschützt ist oder das moralische Verhalten selbst den Akteuren Vorteile im Wettbewerb bringt (Homann, 2014). Sofern die Konsumenten bereit sind, für Güter und Dienstleistungen von Anbietern, die moralischer als andere handeln, höhere Preise zu zahlen, kann individuelle Moral auch im Wettbewerb überleben. Sofern Mitarbeiter geringere Löhne akzeptieren oder bessere Leistungen bei vergleichbaren Löhnen erbringen, weil sie in einem besonders moralisch agierenden Unternehmen arbeiten, lassen sich Kostennachteile vermeiden, sodass auch dann kein Ausscheiden aus dem Markt droht.

Zielharmonie zwischen Renditestreben und moralisch einwandfreiem Handeln kann es dann auch im nahezu vollkommenen Wettbewerb auf den Finanzmärkten geben. Bei einem Vergleich unterschiedlicher Entwicklungen von Aktienindizes zeigt sich, dass mit nachhaltiger und moralischer Geldanlage sogar mehr Rendite erwirtschaftet werden kann als mit herkömmlichen Investments. Auch wenn Gewinne innerhalb einer funktionierenden Wettbewerbsordnung automatisch positive Wirkungen für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft entfalten, bevorzugen einige Anleger Unternehmen, die verbindliche konzernweite Verhaltensnormen (Codes of Conduct) haben, die sich an den Deutschen Corporate Governance Kodex halten und auf die ökologische und soziale Nachhaltigkeit der Investments achten. Einige Anleger wollen nicht Nutznießer von kriegerischen Auseinandersetzungen oder hohem Tabak- und Alkoholkonsum Jugendlicher sein. Eine wachsende Zahl insbesondere institutioneller Anleger, wie Kirchen und Stiftungen, berücksichtigt deshalb neben den klassischen Kriterien der Geldanlage (wie Rentabilität, Liquidität, Sicherheit) auch die ökologische, ethische und soziale Nachhaltigkeit des Investments (Enste/Wildner, 2014).

Das sogenannte Social Responsible Investment (SRI) hat nach Angaben des Sustainable Business Institute (SBI; [www.nachhaltiges-investment.org](http://www.nachhaltiges-investment.org)) in den letzten Jahren an den Kapitalmärkten stetig an Bedeutung gewonnen. Allein im deutschsprachigen Raum ist das von zugelassenen Nachhaltigkeitsfonds verwaltete Vermögen von 5 Milliarden Euro (2004) über 18 Milliarden (2006), 21 Milliarden (2008) und 34 Milliarden (2011) bis zum Ende Juni 2014 auf über 43 Milliarden Euro gewachsen. Mittlerweile sind insgesamt 395 nachhaltige Publikumsfonds in Deutschland, Österreich und/oder der Schweiz zum Vertrieb zugelassen. Damit hat sich das Volumen in den Jahren 2004 bis 2014 mehr als verachtfacht. Die Bedeutung von SRI nimmt auch im Kontext der Debatte um Corporate Social Responsibility (CSR) zu (Enste/Wildner, 2014).

### 3.1 Fundament: Freiheit, Wettbewerb und Eigeninteresse

Adam Smith, der Begründer der modernen Volkswirtschaftslehre, der gleichzeitig ein bedeutender Moralphilosoph war, skizzierte den Markt als einen Koordinationsmechanismus mit inhärenter Moral. In seinem moralphilosophischen Werk (Smith, 2004) befasste er sich mit der Frage, „worin tugendhaftes Verhalten zu sehen ist und wie man zu moralischen Urteilen gelangen kann“. In „Der Wohlstand der Nationen“ leitete Smith (2006) hingegen eine Moralphilosophie her, bei der die Implementierung moralischer Normen unmittelbar auf dem handlungsleitenden Motiv des Eigeninteresses basiert. Das Eigeninteresse wird zum moralischen Handlungsmotiv. Smith argumentierte, dass der Eigennutz der wichtigste Motivationsfaktor menschlichen – also auch ökonomischen – Handelns sei. Er begründete die Moral der Verfolgung des Eigeninteresses damit, dass sowohl der Einzelne als auch die Allgemeinheit profitieren, wenn jeder sein Eigeninteresse verfolgt. Durch eine unsichtbare Hand wird das eigeninteressierte Handeln der Individuen so gelenkt, dass das Allgemeinwohl durch die Entstehung von Wohlstand gefördert wird. In Bezug auf die Unternehmen heißt dies, dass sie den Gewinn maximieren sollen, weil sie dadurch im Interesse der Gesellschaft handeln. „Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Wir wenden uns nicht an ihre Menschen-, sondern an ihre Eigenliebe, und wir erwähnen nicht die eigenen Bedürfnisse, sondern sprechen von ihrem Vorteil“ (Smith, 2006).

Die Voraussetzungen für den Wohlstand sah Smith in einem leistungsfähigen Koordinationsmechanismus, der das freiheitliche Handeln der Individuen aufeinander abstimmt. Die Koordination des Handelns soll nach Smith über die Handlungsfolgen und nicht über die Handlungsmotive stattfinden, das heißt, es sollte den Individuen erlaubt werden eigeninteressiert zu handeln, ohne ihnen Zielvorgaben bezüglich der Motive ihrer Handlungen zu machen. Gewinne sind dann das Ziel wirtschaftlichen Handelns, sie stellen den Anreiz für Innovationen und Investitionen dar und sind der Anreiz, in den Markt einzutreten. Der Markt ist eine gesellschaftliche Institution und fördert das Wohl der Konsumenten, nicht das der Produzenten (Unternehmer und Arbeitnehmer). Smith sah in der freien Interaktion der Individuen auf

dem Markt die Form, in der sich gegenseitiges Verständnis und menschliches Mitgefühl am besten entwickeln können. Es bedarf auf dem Markt keiner altruistischen Motive oder gemeinsamer Ziele, um sich auf die Interaktionspartner verlassen zu können (Homann/Blome-Drees, 1992, 21 ff.). Schon zu damaligen Zeiten, aber noch viel stärker in den modernen Marktwirtschaften, würde eine Steuerung von Angebot und Nachfrage über Motive wie Sympathie und Altruismus – aufgrund hoher Transaktionskosten – die Vorteile des Marktes in Form der Arbeitsteilung durch den willkürlichen Ausschluss potenzieller Tauschpartner eliminieren (Beckert, 2005).

Wettbewerb verbürgt Freiheit und ist Voraussetzung für moralisches Handeln. Er führt zu Tauschgerechtigkeit, das heißt, ein Tausch kommt nur zustande, wenn er für beide Tauschpartner Vorteile bringt. Zudem ist er ein Entmachtungsinstrument, da er jeden Marktteilnehmer zwingt, seinem Marktpartner in vorteilhafter Weise zu dienen. Der Missbrauch von Macht wird so verhindert. Wettbewerb verhindert die Verschwendung von Ressourcen und daher ist das ökonomisch Vernünftige grundsätzlich auch das ethisch Richtige. Der Wettbewerb sorgt zudem für institutionellen Druck, neues Wissen zu schaffen und Wissensvorsprünge der Konkurrenten wettzumachen. Er generiert also technischen Fortschritt, der den Wohlstand weiter steigert, da die Bedürfnisse der Konsumenten besser befriedigt werden können (zur Herleitung Noll, 2013, 229 ff.).

Die Aufgaben des Staates lagen für Smith lediglich darin, für innere und äußere Sicherheit zu sorgen. Er sollte sich aus dem wirtschaftlichen Handeln heraushalten und keine sozialpolitischen Kompetenzen haben. Die Mitglieder der Gesellschaft müssten sich eigenverantwortlich gegen Lebensrisiken absichern. Soziale Leistungen werden in Form von Wachstum durch Markt und Wettbewerb, also durch ökonomisches Handeln, erbracht. Smith ging davon aus, dass die daraus hervorgehende wohlstandsteigernde Wirkung weitaus größer ist, als die durch einen staatlichen Interventionismus im Namen der Fürsorge erreichbare. Der Wohlstand aller wird durch eine Entkopplung des Ziels „Wohlstand“ von den Handlungsmotiven besser gefördert, als durch die Vorgabe des Ziels „Wohlstand für andere“ als Handlungsmotiv.

Auch die Kirchen in Deutschland (DBK/EKD, 2014) betonen, dass die vermeintliche Unvereinbarkeit von Ökonomie und Moral ein Trugschluss ist. Sie kommen zu dem Schluss, dass die Marktwirtschaft das bestmögliche bisher bekannte System ist, „um unter den notorischen Knappheitsbedingungen des irdischen Lebens den Bereich der materiellen Bedarfsdeckung zu organisieren“ (DBK/EKD, 2014, 57). Aber: Die Marktwirtschaft „erfüllt diese Aufgabe nur

in unvollkommener Weise. Der Markt bedarf einer Rahmenordnung zum Schutz des freien und fairen Wettbewerbs sowie zum Schutz öffentlicher Güter und der Umwelt“ (DBK/EKD, 2014, 58). Außerdem bedarf der Markt „staatlicher Sozialpolitik, um die gerechte Teilhabe aller sicherzustellen“ (DBK/EKD, 2014, 58). Dabei habe sich in der Finanz- und Wirtschaftskrise die Soziale Marktwirtschaft bewährt, die einen Ausgleich zwischen Freiheit und Sicherheit sowie zwischen Subsidiarität und Solidarität (Gerechtigkeit) schafft.

### **3.2 Voraussetzung I: Partizipationsgerechtigkeit**

Der ethische Gehalt der marktwirtschaftlichen Ordnung basiert vor allem auf dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit. Voraussetzung für deren Akzeptanz und Wirksamkeit ist jedoch Partizipations- und Zugangsgerechtigkeit, die allen im Rahmen der eigenen Fähigkeiten die Chance auf gerechte Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben – vor allem an den Bildungssystemen – ermöglicht. Durch Annäherung an die Partizipationsgerechtigkeit wird erst die reale Möglichkeit geschaffen, eine auf dem methodologischen Individualismus basierende Ethik zu formulieren. Denn die „Verantwortungsethik“ setzt eine realistische Chance zum verantwortungsvollen, intendierten Handeln voraus, die mit der Verknüpfung von Entscheidungsfreiheit und Haftung einhergeht. Die ethische Güte einer Wirtschaftsordnung zeigt sich darüber hinaus darin, wie sie mit Verlierern umgeht. Diesen gebührt nicht nur eine zweite Chance, sondern im Zeitablauf immer wieder die Möglichkeit – aber auch die Pflicht – sich einzubringen. Die Marktwirtschaft ist – unter den eben genannten Bedingungen – dann auch aus moralischer Sicht das beste derzeit bekannte Instrument zur Verwirklichung der Solidarität aller (Homann, 2005).

Unsozial ist nicht der Kapitalismus, sondern eine Wirtschaftsordnung und eine Wirtschaftspolitik, welche die zentrale Forderung nach Chancengerechtigkeit nicht erfüllt. Bildungsarmut ist somit die eigentliche moralische Herausforderung und nicht die Einkommensarmut oder die Einkommensverteilung. Dabei ist auch aus Sicht der Kirchen die Verteilung nicht das Kernproblem: „Ethisches Leitbild sollte die möglichst umfassende soziale Inklusion und Partizipation aller Menschen in unserem Land sein. Das ist nicht nur eine im engeren Sinne sozialpolitische, sondern eine umfassend gesellschaftspolitische und auch zivilgesellschaftliche Aufgabe“ (DBK/EKD, 2014, 21).

Ziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik sollte es also nicht sein, die Ergebnisse des Wettbewerbs in einer Marktwirtschaft so zu korrigieren, dass der Wohlstand gleich verteilt wird. Dadurch werden die Leistungsanreize mini-

miert. Ziel muss es hingegen sein, über gute Bildungseinrichtungen, zu denen jeder Zugang hat, allen gleiche Startchancen einzuräumen. „Die Marktwirtschaft ist im Grundsatz nicht ohne Moral, doch man muss zu akzeptieren bereit sein, dass dies Gesinnungsethik ausschließt und stattdessen auf die Wirkungsethik offener Märkte und fairer Handlungsbedingungen setzt. Das Leitbild lautet: Offene Gesellschaft und funktionsfähige Märkte schaffen und sichern durch ein hohes Maß an Partizipationsgerechtigkeit bei maximaler Freiheit der Bürger“ (Hüther, 2006, 24).

### **3.3 Voraussetzung II: Rahmenordnung**

Damit die Marktwirtschaft ihre wohlfahrtsstiftende Funktion im Smith'schen Sinne erfüllen kann, ist neben der Partizipationsgerechtigkeit auch eine ordnende Hand des Staates erforderlich. Aus ökonomischer Sicht sind Markt und Staat alternative Regelsysteme zur Allokation von Ressourcen und Gütern, wobei dem Staat – aus ordoliberaler Sicht – die wesentliche Aufgabe zur Gestaltung der wettbewerblichen Rahmenbedingungen zukommt. Die Unterscheidung von konstituierenden und regulierenden Prinzipien von Walter Eucken (1990) kann bei der Gestaltung einer „funktionsfähigen und menschenwürdigen Ordnung der Wirtschaft, der Gesellschaft, des Rechts und des Staates“ helfen, Moral und Markt zu verbinden. Innerhalb der Rahmenordnung sind dann Regelungen zu verankern, die offene (bestreitbare) Märkte mit freier Preisbildung garantieren. Geldwertstabilität, Privateigentum, Vertragsfreiheit bei voller Haftung der wirtschaftlichen Akteure für ihre Handlungen und ihr Unterlassen sowie eine stetige und vorhersehbare Wirtschaftspolitik unter Berücksichtigung der Interdependenz sind die weiteren konstituierenden Prinzipien. Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit der unsichtbaren Hand des Marktes ist nämlich die sichtbare Hand des Staates bei der Schaffung der Rahmenordnung.

Oftmals werden jedoch Markt und Wettbewerb für moralisches Versagen verantwortlich gemacht, welches letztlich auf Defiziten in der Rahmensetzung beruht. Unbestreitbare Fehlentwicklungen innerhalb der Marktwirtschaft werden dem kapitalistischen System angelastet und auf Marktversagen oder noch drastischer den „Terror der Ökonomie“ zurückgeführt (Forrester, 1997). Übersehen wird dabei, dass innerhalb planwirtschaftlicher Systeme oder gesteuerter Wirtschaften Probleme wie zum Beispiel Umweltverschmutzung oder Armut noch ausgeprägter waren (und sind).

Außerdem beruhen Fehlentwicklungen in der Marktwirtschaft, wie zum Beispiel die Möglichkeit der Ausnutzung wirtschaftlicher Macht, häufig auf

einer unzureichenden Ausgestaltung der staatlich geschaffenen Rahmenbedingungen. Das „Marktversagen“, unter anderem aufgrund des Vorliegens externer Effekte, asymmetrischer Informationsverteilung und natürlicher Monopole, wird in Wissenschaft und Öffentlichkeit ausführlich diskutiert. Das „Staatsversagen“ wird, wenn mehr korrigierende Staatseingriffe gefordert werden, hingegen häufig vernachlässigt. Dabei zeigt die „Neue Politische Ökonomie“ sehr klar auf, wo mit Demokratie-, Bürokratie- und Politiker- versagen zu rechnen ist. Eine Gesellschaft, die vor der Wahl steht, sich im Hinblick auf die Allokation von Gütern und Ressourcen für eines der beiden beziehungsweise eine Kombination aus beiden konkurrierenden Regelsystemen zu entscheiden, sollte die Schwächen beider Institutionen mit ins Kalkül ziehen. Eine ordoliberalen Grundposition in der Tradition von Walter Eucken (1990) und Friedrich August von Hayek (1991) muss sich dabei mit den Vorzügen und Defiziten in beiden Ordnungssystemen auseinandersetzen, da der Staat notwendigerweise die Rahmenbedingungen (Ordnungspolitik) für den Markt vorgibt (Hüther, 2011).

### **3.4 Voraussetzung III: Subsidiaritätsprinzip**

Die aus diesen theoretischen Überlegungen hervorgegangene Wirtschaftsordnung, die „Soziale Marktwirtschaft“, ist das Sinnbild für das Wirtschaftswunder der Bundesrepublik in den 1950er und 1960er Jahren. Ohne die wissenschaftlichen Arbeiten von Eucken und Hayek wäre die Soziale Marktwirtschaft – nach Ansicht von Pies (2005, 412) – nicht denkbar gewesen, und ohne Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard wäre sie nicht realisiert worden. Die Soziale Marktwirtschaft ist eine wertgebundene Ordnung, die auf den Wettbewerb und seine Moral vertraut. In ihr kommt neben dem Individualprinzip das Solidarprinzip auf Basis des Subsidiaritätsprinzips zum Tragen (unter anderem Schüller, 1991). Grund für das Fürsorgeprinzip ist, dass nicht jedes Individuum ausreichend leistungsfähig ist, um ein Markteinkommen zu realisieren, das oberhalb des Existenzminimums liegt. Die Sozialpolitik soll sich daher an der Bedürftigkeit des Einzelnen orientieren. Soziale Mindestsicherung wird zu einem gesamtwirtschaftlichen Produktionsfaktor. Sie ermutigt die Individuen, langfristige und risikoreiche Investitionen in Sach- und vor allem in Humankapital zu tätigen, da sie im Falle des Scheiterns aufgefangen werden und eine neue Chance erhalten. Die soziale Mindestabsicherung wird durch die Vielzahl staatlicher Eingriffe und Verstöße gegen das Subsidiaritätsprinzip teilweise anreizinkompatibel umgesetzt, wie etwa die Debatte über Sozialhilfemissbrauch und Hartz IV-Regelungen zeigt.

Diese Ausgestaltung der Regeln und der Umfang staatlicher Eingriffe ist jedoch historisch und kulturell bedingt, pfad- und raumabhängig und insofern nur beschränkt kurzfristig veränderbar. Für das Markt- und Staatsverständnis in Deutschland ist deshalb seine besondere historische Entwicklung zu beachten.

- Historisch geprägt ist die deutsche Mentalität von der Dominanz obrigkeitlicher Strukturen: Nicht die Einschränkung individueller Freiheit bedarf der Rechtfertigung, sondern das Individuum beziehungsweise das Unternehmen unterliegt bei der Beanspruchung von Rechten der Beweisspflicht. Begründen lässt sich dies mit den historischen Erfahrungen der Steuerung von Reformprozessen von oben und nicht vom Volk ausgehend.
- Gleichzeitig fehlen gemeinschaftsstiftende Werte, die aus einem von der Bevölkerung getragenen, gemeinsamen, nationalstaatlichen Handeln erwachsen, und die bei der Modernisierung und Reform der Rahmenbedingungen als ein Leitbild fungieren könnten.
- Die Spielregeln für das gesellschaftliche Leben in Deutschland sind von einer Grundskepsis gegenüber Eliten und Leistungsträgern geprägt. Das Ideal ist die „nivellierende Mittelstandsgesellschaft“ (Hüther/Straubhaar, 2006, 19).

Dies hat dazu geführt, dass die marktwirtschaftliche Ordnung und die individuelle Freiheit in Deutschland trotz aller Erfolge immer kritisch gesehen werden. Die Gefahren für die Moral durch zu viel Marktwirtschaft werden stets thematisiert, während die Risiken durch zu viele staatliche Eingriffe übersehen werden. Dabei drohen dem Sozialkapital und der Moral vor allem durch vielfältige, intransparente staatliche Eingriffe Gefahr. Die Ausweitung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt führt dazu, dass eine immer größere Menge an Gütern über demokratisch-bürokratische Entscheidungsverfahren verteilt wird und nicht mehr gemäß der zu Marktpreisen bewerteten Leistung des Einzelnen. Die Staatsausgabenquoten liegen in den OECD-Staaten mehrheitlich bei fast 50 Prozent oder darüber.

### **3.5 Gefahr: Erosion der Moral durch staatliche Eingriffe**

Statt einer Zuteilung der Güter gemäß der tatsächlichen Zahlungsbereitschaft der Nachfrager werden die im politischen Prozess geäußerten Präferenzen und Bedürfnisse bei der Verteilung zugrunde gelegt. Taktische Überlegungen, rhetorische Fertigkeiten und die effektive Organisation von Gruppeninteressen spielen eine immer größere Rolle. Politischer Druck, zum Beispiel über Blockaden, Streiks usw., wird ausgeübt, um Einkommensver-

besserungen zu erreichen. Die Entscheidungsträger werden über die wahren, eigenen Bedürfnisse getäuscht, um mehr Kollektivgüter zu konsumieren: Der Wunsch nach Theater- und Hallenbadbesuchen wird übertrieben, da diese über öffentliche Kassen subventioniert werden, während aber die eigene Leistungsfähigkeit als geringer dargestellt wird, um Steuerzahlungen oder Umlagen zu vermeiden (vgl. für einen Überblick über die Erkenntnisse der Neuen Politischen Ökonomie zum Beispiel Kirsch, 2004; Streit, 2005). Wer hingegen ehrlich und sparsam ist und dem Staat vertraut, wird im politischen Verteilungskampf unterliegen: Moralisches Verhalten wird bestraft und unmoralisches Verhalten prämiert. Darunter leidet die moralische Integrität der Bevölkerung (Noll, 2013).

Gleichzeitig führt die ständig steigende Zahl und Intensität der staatlichen Interventionen mit Regulierungen, Steuern und Abgaben zu Intransparenz und aufgrund der häufigen rechtlichen Änderungen zur Verunsicherung der Bürger. Dies bedeutet auch eine wachsende moralische Beanspruchung bei allen Beteiligten. Denn selbst derjenige, der sich an die Gesetze halten möchte, um sich moralisch einwandfrei zu verhalten, kann nicht mehr abschätzen, ob sein Handeln normen- und gesetzeskonform ist, weil er Regelungen nicht mehr versteht oder diese (wie zum Beispiel die Steuergesetzgebung) zu häufig geändert werden. Die Folge ist, dass der Ehrliche sich zunehmend als der Dumme fühlt und auch gesellschaftlich so gesehen wird. Für eine Gesellschaft führt die zu weit gehende Freiheitseinschränkung durch den Staat zu einer Erosion moralischer Standards, weil die einen den Sozialstaat immer mehr für ihre Bedürfnisse ausbeuten (zum Beispiel missbräuchlicher Bezug von Transferleistungen wie Sozialhilfe und Subventionen) und die anderen sich den Zwangsmaßnahmen des Steuerstaates (zum Beispiel Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit) zunehmend entziehen. Finanzpsychologen wie Günter Schmölders haben auf diese Gefahren bereits vor 35 Jahren hingewiesen:

*„Die Anfälligkeit des Wirtschaftssystems für betrügerische Ausnützung seiner Einrichtungen wird umso größer, je abstrakter und verfeinerter diese Einrichtungen werden; der Perfektionismus ist überall der Feind loyaler Bejahung und Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten, die ihre Anschaulichkeit und ihr moralisches Profil längst verloren haben“ (Schmölders, 1980, 378 f.).*

Diese Entwicklungen sind unter anderem auf die den demokratischen Entscheidungsverfahren inhärenten Funktionsdefizite zurückzuführen, wie sie von der Neuen Politischen Ökonomie eindringlich beschrieben werden. Aufgrund der Dilemmasituation der Politiker, die zwischen Sachgerechtigkeit und Wiederwahlchancen abwägen müssen, ergibt sich aus der inneren Logik

demokratischer Prozesse im stetig wiederkehrenden Wahlzyklus fast zwangsläufig die Erosion des Moral- und Sozialkapitals. Denn eigennutzorientierte Politiker formulieren Regeln und schaffen Institutionen, die nur auf den kurzfristigen (Wahl-)Erfolg ausgerichtet sind, während nachhaltige und langfristige Entwicklungen systematisch ausgeblendet werden. Die – viel zu spät von der Politik in den Blick genommene – demografische Entwicklung mit allen Konsequenzen für Wirtschaft und Gesellschaft sei hier nur als ein Beispiel genannt. Oftmals entsteht der Eindruck, dass im Politikbereich pathologisches Lernen vorherrscht, bei dem erst dann reagiert wird, wenn es zu spät ist beziehungsweise die Kosten für einen Kurswechsel sehr viel höher liegen als bei rechtzeitiger langfristiger Nutzenmaximierung. Übertragen auf die Marktwirtschaft würde dies heißen, dass ein Unternehmen erst plant, Anpassungen vorzunehmen, wenn es quasi insolvent ist. Außerdem gilt: Je stärker der Staat sich – entgegen dem Subsidiaritätsprinzip – in der Daseinsvorsorge engagiert, desto mehr wird die ursprünglich vorhandene intrinsische Motivation verdrängt (vgl. Kapitel 2.3).

Lachmann (1994, 166 f.) zieht aus diesen und weiteren Erkenntnissen der Neuen Politischen Ökonomie den Schluss, dass die „soziale Kälte des Kapitalismus“ nicht primär die Folge einer zunehmenden Dominanz von Markt und Wettbewerb ist, sondern vielmehr die Folge einer gestiegenen Dominanz des Staates und der Politik. Hohe Abgabenlast und umfassende Sozialpolitik verstärken in einer anonymen Großgesellschaft das Misstrauen gegenüber Armen, Bedürftigen und Benachteiligten und reduzieren die vorhandene Solidarität und Nächstenliebe. Die zunehmende Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit sind dann Versuche, sich gegen die als unmoralisch und illegitim empfundene Steuerverschwendung eines Staates zur Wehr zu setzen. Die Nutzung dieser von Hirschman (1974) als Exit-Option bezeichneten Alternative wird gewählt, weil die vorhandenen Möglichkeiten der Interessenartikulation über Wahlen und politische Einflussnahme (Voice-Option) als inadäquat angesehen werden. Die Loyalität der Bürger und die Zustimmung zur Sozialen Marktwirtschaft werden aus dieser Perspektive viel mehr durch Staats-, Politik- und Bürokratieversagen gefährdet, als durch Fehler und Unzulänglichkeiten des marktwirtschaftlichen Systems selbst. Deshalb sollen staatliche Eingriffe vor allem der Gestaltung der Rahmenordnung dienen, welche relativ unverändert Bestand hat. Die Konstitutionenökonomik weist Wege, wie dabei Staatsversagen vermieden werden kann (Buchanan, 1984; Homann/Pies, 1996).

### 3.6 Lösung: Rahmenordnung als systematischer Ort der Moral

Eine Marktwirtschaft bedarf eines konsistenten Ordnungsrahmens, der möglichst gewährleistet, dass Individuen, die regelkonform handeln, sich automatisch auch moralisch einwandfrei verhalten. Die Voraussetzung bei dieser Regelgestaltung ist, dass moralisch Handelnde nicht systematisch durch andere Marktakteure ausgenutzt werden können. Aus diesem Grund sind auch entsprechende Kontroll- und Sanktionsmechanismen erforderlich, welche die Regelbefolgung sicherstellen.

Zum Verständnis der Ethik der Marktwirtschaft ist die Unterscheidung von zwei Ebenen erforderlich: Handlungen und Handlungsbedingungen, oder in der Sprache des Sports: Spielzüge und Spielregeln. Brennan und Buchanan (1985) unterscheiden dementsprechend „choices within rules“ und „choices among rules“. In einer durch Wettbewerb gekennzeichneten Wirtschaftsordnung fällt der Ordnungsethik die Aufgabe zu, für die Implementierung von Moral zu sorgen. Denn sofern moralisch motivierte Vor- und Mehrleistungen eines Individuums zu höheren Kosten führen, die nicht durch die höhere Zahlungsbereitschaft der Kunden gedeckt werden, befindet sich das Individuum oder das Unternehmen, welches im Wettbewerb steht, in einem unauflöselichen Dilemma: Entweder der Einzelne handelt moralisch gut, hat aber gegenüber seinen Wettbewerbern dementsprechend Kostennachteile und wird letztlich sogar vom Markt verdrängt, oder er ignoriert seine moralischen Bedenken und kann im Wettbewerb bestehen (Homann/Blome-Drees, 1992, 20 ff.). Auf den Fußball übertragen bedeutet dies, dass jemand, der es für ungerecht halten würde, dass ein Spieler (der Torwart) den Ball als einziger mit der Hand spielen darf und folglich darauf verzichtet, kein Spiel mehr gewinnen könnte. Notwendig sind deshalb allgemeingültige Spielregeln – wie auch im Fußball vorhanden –, in denen eindeutig geregelt ist, dass der Torhüter den Ball im Strafraum mit der Hand spielen darf, und somit für alle klar ist, was moralisch akzeptabel ist. Nur wenn der einzelne Anbieter sicher sein kann, dass seine Konkurrenten denselben Moralstandards unterworfen sind wie er, ist er vor deren Ausbeutung geschützt. Angesichts der zunehmenden Komplexität des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens sind solche kodifizierten Standards und formellen Normen wichtige Institutionen zur Vereinfachung von Entscheidungen. Regeln helfen, Moral zu sparen, sodass der Einzelne nur über die moralischen Entscheidungen länger nachdenken muss, bei denen es keine allgemein gültigen Regeln gibt.

Es wäre jedoch verkürzt, Moral nur als exogen vorgegebene Restriktion zu verstehen und in ökonomische Modelle zu integrieren. Stattdessen kann

die „ökonomische Moral“ nicht als „limitational eingrenzend (moral restriction)“, sondern als „produktiv (moral obligation)“ aufgefasst werden (Priddat, 2005, 47). Moral wird dann zu einem Investitionsobjekt. Moral erzeugt zwar Kosten, aber diese Kosten sind letztlich Investitionen in Vertrauenskapital, dessen Rendite in der Schaffung stabiler Handlungserwartungen – und das heißt auch sinkender Transaktionskosten – besteht (Priddat, 2005, 38 ff.; Wieland, 1999, 104 ff.). Diese Auffassung ist kompatibel mit dem bereits skizzierten „dispositionellen Nutzenmaximierer“ (Kapitel 2.5), der keine kurzfristige Gewinnmaximierung anstrebt. Eine Aufgabe der Moral ist es dann, Alternativen möglich zu machen, die – zum Beispiel aufgrund von Marktversagen wie Informationsasymmetrie oder externen Effekten – (noch) nicht existieren. Die Konzeption der Ordnungsethik ist kein Moralismus, sondern sie gewährleistet und unterstützt die langfristige Gewinnmaximierung der Unternehmen. Moral ist in ihr weder als Gegensatz zur Wirtschaft noch als Fremdkörper oder externer Kontrolleur zu verstehen, der gegen Widerstände ankämpfen müsste, um zur Geltung gebracht werden zu können. Moral stellt eine Investition in die Handlungsbedingungen dar. Nur mit einem klaren, gesellschaftlich und unternehmensintern akzeptierten Spielverständnis ist Erfolg dauerhaft möglich.

## 4

## Zur Verantwortung von Unternehmen und Staat

### 4.1 Handlungsoptionen und -notwendigkeit

In der Realität besteht das Problem, dass es eine vollkommene Rahmenordnung aus pragmatischen und systematischen Gründen nicht geben kann. Es gibt also Situationen, in denen die gegebene Rahmenordnung nicht zur moralischen Akzeptanz des Marktergebnisses führt. Aufgrund der Globalisierung der Märkte verliert die moralische Steuerung über nationalstaatliche Rahmenordnungen an Durchgriffsfähigkeit. In Volkswirtschaften, in denen die Rahmenordnung Mängel aufweist, werden durch fehlerhafte Institutionen falsche Anreize gesetzt. Handlungen, die entsprechend der Rahmenordnung legal durchgeführt werden, akzeptiert die Gesellschaft nicht mehr als moralisch und legitim.

Unter diesen Bedingungen müssen Unternehmen zu moralischen Akteuren werden. Dies gilt auch für Unternehmen, die mit Volkswirtschaften Handel treiben, deren Rahmenordnungen nicht den moralischen Vorstellungen des Heimatlandes entsprechen. Unternehmen haben somit eine ergänzende Ordnungsverantwortung. Wenn sie langfristig und nachhaltig Gewinnchancen sichern wollen, müssen sie an einer sozialen Ordnung für die Weltgesellschaft arbeiten. Es liegt nun im Eigeninteresse der Unternehmen, dass auch ärmere Bevölkerungsschichten und Länder zu Kooperationspartnern werden. Dabei geht es nicht darum, diese als Hilfsbedürftige wahrzunehmen, sondern darum, zukünftige Märkte zu schaffen, also um Investitionen in die Bedingungen für zukünftige Gewinnchancen. Als gefährliche Alternative zu moralischem Handeln sieht Homann (2005; 2014) die Zunahme des Terrorismus und die zunehmende Gewaltbereitschaft von Globalisierungsegnern.

Nicht alle moralischen Anforderungen, die an Unternehmen herangetragen werden, sind jedoch gerechtfertigt, geschweige denn umsetzbar. In einem ersten Schritt muss deshalb geprüft werden, ob die moralischen Ansprüche der Öffentlichkeit an das Unternehmen berechtigt sind. Das Kriterium hierfür ist die Universalisierbarkeit: Moralisch motivierte Forderungen gelten nur dann als ethisch begründet, wenn sie verallgemeinerungsfähig sind. Wenn die Ansprüche berechtigt sind, stellt sich in einem zweiten Schritt die Frage, ob diese bereits durch die Rahmenordnung abgedeckt sind. Ist das nicht der Fall, muss das Unternehmen eigene Handlungsmöglichkeiten suchen, um dem berechtigten moralischen Anliegen gerecht zu werden. Unternehmen können damit auf die Kritik offensiv reagieren und Moral als eine produktiv nutzbare unternehmerische Ressource auffassen (Enste/Wildner, 2014).

Die ordnungspolitische Strategie zielt auf die Veränderung oder Weiterentwicklung der bestehenden Rahmenordnung bezüglich ethischer Normen. Unternehmen setzen sich zum Beispiel über ihre Verbände für eine Korrektur der Rahmenbedingungen ein, um für alle Unternehmen gleiche Wettbewerbsvoraussetzungen zu erreichen. Beispiele sind Branchenvereinbarungen wie die des Bayerischen Bauindustrieverbands (Fürst, 2005) oder der Chemischen Industrie (Wieland, 2000). Das Kernproblem bei der Implementierung ist jedoch, dass diese Kodizes öffentliche Güter sind und alle profitieren, ohne sich für deren Durchsetzung zu engagieren. Dennoch finden sich teilweise Pioniere, die auch einen politischen Beitrag zur Weiterentwicklung der Rahmenordnung leisten und somit eine Vorbildfunktion übernehmen.

Im Rahmen einer Wettbewerbsstrategie versucht das Unternehmen durch Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen Wege zu finden, mit denen der

Zielkonflikt gelöst werden kann. Wesentlich ist, dass dabei die Konsumentenwünsche berücksichtigt werden und ausgelotet wird, in welchem Umfang eine höhere Zahlungsbereitschaft für moralisch einwandfreie Güter vorhanden ist. Der mögliche Imagegewinn für das Unternehmen kann sich sowohl positiv auf Vertrieb und Marketing als auch auf die Mitarbeiterakquisition und -motivation auswirken. Weitere Beispiele für unternehmensinterne Maßnahmen, von denen sich Unternehmen Wettbewerbsvorteile versprechen, sind die entsprechende Gestaltung der Unternehmenskultur, die Einführung von Ethikkodizes oder etwa die Anpassung des Entlohnungssystems. Auch die Übernahme sozialer Verantwortung zählt dazu (ausführlich dazu Enste/Wildner, 2014).

Dass Unternehmen diese Rolle übernehmen, geschieht nicht aus Altruismus, sondern liegt in ihrem Eigeninteresse. Moral wird zum Wettbewerbsfaktor, da Konsumenten und Investoren verstärkt ethische Aspekte in ihre Konsum- und Investitionsentscheidungen einfließen lassen. Um ihre Gewinne dauerhaft maximieren zu können, müssen Unternehmen vermehrt in Moral investieren. Diese Investitionen helfen, (moralische) Risiken besser wahrzunehmen, zu steuern und zu kontrollieren sowie unter Umständen sogar zu minimieren. Diese Risiken beziehen sich sowohl auf Gefahren, die von außen drohen – zum Beispiel durch Boykottaufrufe gegen Produkte des Unternehmens wegen Verstößen gegen die Menschenrechte in Ländern der sogenannten Dritten Welt – als auch auf die Vermeidung hoher Kosten durch Wirtschaftskriminalität innerhalb des Unternehmens. Schließlich ist jedes zweite größere Unternehmen in Deutschland von Diebstahl, Untreue und Betrug betroffen, wie die Kriminalstatistik ausweist. Meist sind die eigenen Mitarbeiter die Täter. Laut Bundeskriminalamt (2013) beträgt der volkswirtschaftliche Schaden seit 2009 jedes Jahr im Durchschnitt rund 4 Milliarden Euro. Auf jeden registrierten Fall kommen nach Schätzungen von Wirtschaftsprüfern jedoch fünf unentdeckte Betrugsfälle. Der Reputationsschaden für einzelnen Unternehmen oder ganze Branchen kommt noch hinzu.

Mit schärferen Kontrollen kann das Problem kaum eingedämmt werden, zumal die Unternehmen in fast der Hälfte aller Fälle auf Strafanzeigen verzichten – nicht zuletzt um das eigene Image und die Marke nicht durch negative Schlagzeilen in den Massenmedien zu beschädigen. Vorsorge durch Wertemanagement und „Risiko-Governance“ (Fürst, 2005) und damit die Investition in Moral sind also notwendig. Der Grundgedanke ist, Vertrauen zu schaffen, da Unternehmen nicht mit Akteuren handeln, denen sie nicht vertrauen. Nach der Devise: Gehe mit ökonomischen Akteuren, denen du misstraut (personale Unsicherheit), so lange keine investiven, langfristigen

und damit ausbeutbaren Beziehungen (situative Unsicherheit) ein, solange du nicht über diejenige Menge an Informationen verfügst, die es erlaubt, eine befriedigende Vorstellung über den wahrscheinlichen Verlauf der angestrebten Kooperation zu bilden (Wieland, 1999, 31).

Über Ethikmanagementsysteme sollen die Werte eines Unternehmens definiert werden. Ein solches System besteht nach Wieland aus den vier Elementen Kodifizierung, Kommunikation, Implementierung und Organisation. Die Kodifizierung findet durch die Aufstellung von Ethik-Kodizes oder „Codes of Conduct“ statt, in denen das Unternehmen als ein Set von Werten beschrieben wird. Dieses Werteset besteht aus Leistungs-, Interaktions- und moralischen Werten. Die Vorgaben aus den Ethik-Kodizes sollen mithilfe von Compliance, Ethik-Audits und Werteprogrammen umgesetzt werden. Entscheidend ist, den Worten auch Taten folgen zu lassen. Reine Willenserklärungen, die nicht umgesetzt werden, entwickeln sich im Konfliktfall zum Bumerang. Ethik-Kodizes erhöhen die Planungssicherheit der Geschäftspartner bezüglich des Verhaltens und der Kooperationsregeln. Dies senkt Transaktionskosten und erleichtert die Anbahnung neuer Geschäftsbeziehungen. Wesentliche Bedeutung für die Implementierung von Moral im Unternehmen kommt somit dem Einsatz personalpolitischer Instrumente zu, um bei Personaleinstellung, -entwicklung und -steuerung nicht nur den fachlich besten, sondern auch den – im Sinne der Regelbefolgung – „moralischsten“ Mitarbeiter auszuwählen (Enste/Wildner, 2014).

## **4.2 Soziale Marktwirtschaft als wirtschaftsethisches Ordnungsmodell**

1999 wurde Deutschland unter anderem vom britischen Wirtschaftsmagazin „The Economist“ als „kranker Mann Europas“ bezeichnet (Economist, 1999). Das Land habe tiefgreifende strukturelle Probleme, wie zum Beispiel ein nicht finanzierbares soziales Sicherungssystem, ein ineffizientes Steuersystem und überhöhte Arbeitskosten. Im Jahr 2012 berichtet das Magazin stattdessen darüber, „was die Welt von Deutschland lernen kann“ (Economist, 2012). Dieser Imagewandel erklärt sich vordergründig vor allem mit zwei jüngeren Entwicklungen:

- Zum einen hat sich Deutschland viel besser von der Wirtschaftskrise erholt als alle anderen Industriestaaten. Die Arbeitslosigkeit sank in Deutschland stark, während andere Länder wie Griechenland, Spanien und Italien, aber auch das Vereinigte Königreich strauchelten. Dadurch steht Deutschland relativ besser dar als noch vor 15 Jahren, obwohl der demografische Wandel

weiter die Sozialsysteme bedroht und die (noch gute) Infrastruktur zukünftig Investitionen in Milliardenhöhe erfordert. Die gute Krisenbewältigung lässt sich dabei auch Maßnahmen wie Kurzarbeit oder der hohen Industrialisierungsquote zuschreiben.

- Zum anderen haben die Wirtschafts- und Sozialreformen im Zuge der Agenda 2010 dazu beigetragen, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu steigern. Die Soziale Marktwirtschaft wird als ein Modell wahrgenommen, das Markt und Moral gut verbindet. Dahinter stehen traditionelle, ordnungspolitische Vorstellungen über die Gestaltung der Rahmenordnung der Marktwirtschaft, die stringente in den „Grundsätzen der Wirtschaftspolitik“ (Eucken, 1990) ausformuliert wurden. Aber auch die Ausgestaltung des Wirtschaftssystems und das sozio-kulturelle Gedankengut der Gesellschaft spielen eine wichtige Rolle. Dazu gehört zum Beispiel die Langfristorientierung in der Industrie und in der Finanzwirtschaft.

Das Erfolgsgeheimnis der Verbindung von Markt, Staat und Moral ist somit nicht so leicht zu entschlüsseln (Hüther, 2011). Denn um einen umfassenden Eindruck von den Stärken des deutschen Wirtschaftsmodells zu erhalten, reicht es nicht, nur einzelne Regelungen oder Maßnahmen zu betrachten. Nachhaltiger wirtschaftlicher Erfolg ist vielmehr die Summe aus staatlicher Rahmenordnung, unternehmerischen Stärken und gesellschaftlichem Wertekonsens. Schon deshalb ist es für ein anderes Land schwierig, das deutsche System zu „kopieren“ oder sich die besten Maßnahmen nach Art des Rosinenpickens herauszusuchen. Das wäre auch nicht sinnvoll, denn die Produktivitätsvorteile, die eine Volkswirtschaft in bestimmten Branchen und Bereichen erreichen kann, sind unterschiedlich. Viele Eigenschaften, die Deutschlands Wirtschaftsmodell prägen, sind historisch gewachsen, kulturell verankert oder durch das Zusammenspiel von Staat, Unternehmen und Gesellschaft entstanden (Enste/Eyerund, 2015).

Die ordnungspolitischen Prinzipien bilden dafür eine seit vielen Jahrzehnten bewährte und stabile Grundlage für die Gestaltung der Wirtschaftsordnung in Deutschland. Sie gehen zurück auf den Nationalökonom Walter Eucken (1891–1950) und wurden als Mittelweg entwickelt zwischen einem funktionierenden marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystem und der sozialen Absicherung von unverschuldet in eine wirtschaftliche Notlage geratenen Menschen. Als Mitbegründer der Freiburger Schule entwickelte Eucken gemeinsam mit anderen Ökonomen während des zweiten Weltkriegs die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft. Eucken hatte schon damals festgestellt, dass die Laissez-faire-Wirtschaft und das angelsächsische System in der Praxis eben-

so versagt haben, wie die sozialistische Planwirtschaft. Die Aufgabe der Politik besteht deshalb für Eucken darin die Formen des Wirtschaftens zu gestalten oder die Bedingungen zu beeinflussen, unter denen sie entstehen. „Nicht Ideologien über Kapitalismus, Sozialismus usw., sondern das ordnende Denken leitet das ordnungspolitische Handeln“ (Eucken, 1990, 242).

Die zentralen, seit 1952 unveränderten Prinzipien gelten bis heute als Maßstab für die Bewertung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen – in ökonomischer und ethischer Hinsicht. Ziel ist es, ein funktionsfähiges Preis-system sicherzustellen, welches Wettbewerb bei stabilem Preisniveau und offenen Märkten benötigt. Voraussetzungen sind Vertragsfreiheit, Privateigentum, die Haftung des Einzelnen für seine Handlungen und eine verlässliche Wirtschaftspolitik. Regulierende staatliche Eingriffe sind bei Marktversagen (externe Effekte, anomales Angebotsverhalten und Informationsasymmetrien) sowie zur Korrektur der Einkommensverteilung und zur Kontrolle von Monopolen erforderlich.

Um die Entwicklungen auf den Finanzmärkten und die gesellschaftlichen Veränderungen, die Eucken und seine Mitstreiter seinerzeit nicht vorhersehen konnten, zu berücksichtigen, wurde der traditionelle Kanon im Kontext der ordnungspolitischen Berichte (vbw, 2012) um die beiden Aspekte Mitverantwortung und Reaktionsnotwendigkeiten bei systemischen Risiken ergänzt. Die Kategorie der Mitverantwortung verweist dabei auf die Verantwortung der Unternehmen für die Gesellschaft (Enste/Wildner, 2014). Die systemischen Risiken erfordern hingegen staatliche Regulierung und veränderte Rahmense-tzung, um systemische Krisen zu vermeiden.

### **4.3 Gerechtigkeit und Wettbewerbsfähigkeit**

Nicht nur in der Theorie verbindet die Soziale Marktwirtschaft Markt und Moral, auch im datenbasierten Ländervergleich zeigt sich, wie gut Deutschland mit der Sozialen Marktwirtschaft Gerechtigkeit und Wettbewerbsfähigkeit sichert. Unklar ist dabei vielfach, was unter Gerechtigkeit verstanden wird. Der Gerechtigkeitsindex des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln erfasst Gerechtigkeit sehr breit anhand von sechs verschiedenen Dimensionen:

- die Bedarfsgerechtigkeit, derzufolge die Deckung des Grundbedarfs jedes Gesellschaftsmitglieds garantiert sein soll;
- die Leistungsgerechtigkeit, nach der jeder Einzelne in dem Maße vom gesellschaftlichen Wohlstand profitieren soll, in dem er dazu beigetragen hat;
- die Chancengerechtigkeit, wonach allen Gesellschaftsmitgliedern die gleichen (Start-)Chancen gegeben werden müssen;

- die Einkommensgerechtigkeit, auf der die Forderung nach einer möglichst großen Gleichverteilung des Wohlstands beruht;
- die Regelgerechtigkeit, nach der Gesetze des gesellschaftlichen Zusammenlebens für jeden gleichermaßen gelten und zudem transparent und nachvollziehbar gestaltet sein müssen;
- die Generationengerechtigkeit, die dann gewährleistet ist, wenn künftige Generationen durch politische Entscheidungen gegenüber der heutigen Generation nicht benachteiligt werden.

Die Entwicklungen in 28 OECD-Staaten werden auf Basis von über 30 Einzelindikatoren messbar und vergleichbar gemacht.

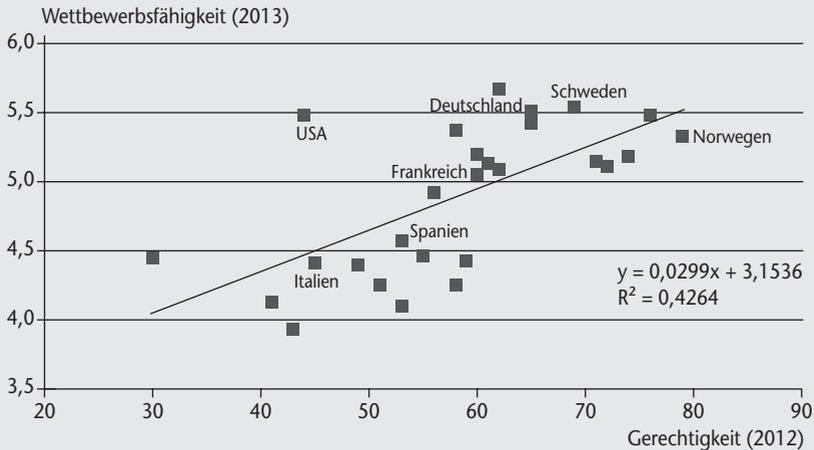
Eine repräsentative Umfrage (IfD, 2013) zeigt, welche Gerechtigkeitsdimensionen aus Sicht der deutschen Bevölkerung besonders wichtig sind. Die Chancengerechtigkeit steht dabei – genauso wie bei vielen Politikern und Forschern – an erster Stelle, gefolgt von der Bedarfs- und der Leistungsgerechtigkeit. Die Einkommensgerechtigkeit spielt hingegen eine untergeordnete Rolle. Diese Rangfolge spiegelt wider, dass auch die Bevölkerung der Startchancengerechtigkeit mittlerweile mehr Bedeutung beimisst als der Ergebnis- oder Verteilungsgerechtigkeit. Eine moralisch akzeptierte Wirtschaftsordnung sollte somit vor allem Chancen für alle sicherstellen.

Aber wie gut setzt Deutschland im internationalen Vergleich diese Gerechtigkeitsansprüche um? Subjektiv meinten im Jahr 2013 knapp zwei Drittel (64 Prozent) der Menschen in Deutschland, dass die soziale Gerechtigkeit hierzulande in den letzten Jahren abgenommen habe. Bei solchen Urteilen nutzen Menschen gerne Stereotype, vereinfachende Daumenregeln und Heuristiken sowie plakative Einzelfälle für die spontanen Gerechtigkeitsurteile, wie die empirische Gerechtigkeitsforschung zeigt (Gollwitzer et al., 2013). Allerdings ist das spontane subjektive Empfinden wie das „Bauchgefühl“ kein uneingeschränkt guter Ratgeber, um festzulegen, was für und in einer anonymen Großgesellschaft gerecht ist und was nicht. Was im Kleinen eine gute Leitlinie ist, kann im Großen versagen, weil die Bedingungen sich deutlich unterscheiden und zum Beispiel Verteilungsprobleme anderer Regelungen bedürfen. In Stammesgesellschaften etwa kann eine gerechte Verteilung entsprechend dem Bedarf durch soziale Kontrolle sichergestellt werden, da das unfaire Verhalten eines Mitglieds der Gruppe schnell erkannt und sanktioniert wird. In anonymen Großgesellschaften hingegen versagt die unmittelbare soziale Kontrolle und allgemeine Regeln und staatliche Kontrollen müssen für (Regel-)Gerechtigkeit sorgen, die manchmal den Fairnessvorstellungen von Einzelfallgerechtigkeit massiv widersprechen.

## Wettbewerbsfähigkeit und Gerechtigkeit

Abbildung 2

in 28 Industriestaaten, statistischer Zusammenhang



Die Gerechtigkeit in einem Land wird gemessen anhand von sechs Gerechtigkeitsdimensionen auf Basis des IW-Gerechtigkeitsindex auf einer Skala von 0 (sehr ungerecht) bis 100 (sehr gerecht).

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes wird erfasst anhand der Messung des World Economic Forum auf einer Skala von 0 (nicht wettbewerbsfähig) bis 6 (sehr wettbewerbsfähig).

Quellen: Enste et al., 2013; WEF, 2013; eigene Berechnungen

Dass Markt und Moral nicht zwangsläufig ein Widerspruch sein müssen, zeigt der signifikante Zusammenhang zwischen der Wettbewerbsfähigkeit und der mit einem Gesamtindex über alle sechs Dimensionen gemessenen Gerechtigkeit eines Landes (Abbildung 2). Deutschland und den skandinavischen Ländern gelingt die Verbindung besonders gut, während die südeuropäischen Länder sowohl unter geringer Wettbewerbsfähigkeit als auch weniger Gerechtigkeit leiden. Ausnahme sind die USA, die relativ ungerechte Lebensverhältnisse bei hoher Wettbewerbsfähigkeit aufweisen. Ohne die USA ist der Zusammenhang zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Gerechtigkeit noch stärker ( $R^2 = 0,56$ ). Statistisch signifikante Zusammenhänge lassen sich auch zwischen Gerechtigkeit und Wohlstand – gemessen anhand des Bruttoinlandprodukts pro Kopf – nachweisen. Ohne den Ausreißer USA liegt die erklärte Varianz bei über 50 Prozent ( $R^2 = 0,52$ ). Diese einfachen Korrelationen sagen zwar nichts über die Kausalität aus, können aber veranschaulichen, dass eine marktwirtschaftliche Ordnung nicht im Gegensatz zu mehr Gerechtigkeit steht, sondern dass sich Markt und Moral durchaus ergänzen.

# 5

## Schlussfolgerungen

Aus der Analyse des Zusammenspiels von Markt und Moral lassen sich sechs wesentliche Schlussfolgerungen ableiten, die für die Gestaltung einer ethischen Rahmenordnung wegweisend sein sollten.

### **Marktwirtschaft hat Moral**

Marktwirtschaft ist die – auch moralisch – überlegene Wirtschaftsordnung, da sie das beste bisher bekannte Mittel zur Realisierung von Freiheit und Solidarität aller darstellt. Adam Smith hat gezeigt, dass der Markt Eigeninteresse und Gemeinwohl miteinander verbindet und somit ein moralischer Koordinationsmechanismus ist. Marktwirtschaft vermeidet Ressourcenvergeudung (ist „effizient“), bietet die Chance auf Wohlstand und die Option, das eigene Leben in Gemeinschaft mit anderen nach den eigenen Bedürfnissen zu gestalten, und sichert so individuelle Freiheit. Die Freiburger Schule um Walter Eucken und August von Hayek verdeutlichte, dass die Wohlstandswirkungen sich allerdings nur einstellen, wenn die von Smith erwähnte unsichtbare Hand durch eine Rahmenordnung gestützt wird. Ohne diese kommt es zu Wettbewerbs- und Marktversagen. Demnach wird das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft nicht erst durch den Zusatz „sozial“ zu einer moralisch zu bevorzugenden Wirtschaftsordnung. Die Moralität ist bereits systemimmanent.

Voraussetzung ist jedoch Partizipationsgerechtigkeit, die jedem die Chance bietet, auch nach einem Scheitern an den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozessen Anteil zu nehmen. Damit verbunden ist aber auch die Pflicht zur Partizipation im Rahmen der eigenen Fähigkeiten. Dank des Überwindens der Nullsummengesellschaft, bei der die Gewinne des einen nur durch die Verluste anderer entstehen können, muss Gerechtigkeit nicht mehr auf Bedarfsgerechtigkeit, sondern kann auf Partizipationsgerechtigkeit zielen und muss damit nicht mehr im Widerspruch zur Leistungsgerechtigkeit stehen.

### **Rahmenordnung als Ort der Moral**

Die Ordnungsethik verortet die Moral in der Rahmenordnung. Unternehmen können nur moralisch handeln, wenn sie dadurch keine Nachteile im Wettbewerb erleiden. „Eine Moral, die die moralischen Akteure nicht vor Ausbeutung durch die Konkurrenz schützt, ist zutiefst unmoralisch“ (Ho-

mann, 2003, 4). Orthogonale Verschiebungen, also Verbesserungen der Rahmenordnung, die sowohl höhere moralische Akzeptanz als auch ein effizienteres Wirtschaften bewirken, sind Ziel der Ordnungsethik. Der Politik kommt somit die Aufgabe zu, einerseits Anreize für moralisches Verhalten der Unternehmen zu setzen und andererseits für eine umfassende Akzeptanz der marktwirtschaftlichen Ordnung zu sorgen. Die Grundsätze einer solchen Ordnung sind:

- Verantwortungsethik als systematische Verknüpfung von Entscheidungsfreiheit und Haftung;
- Leistungsgerechtigkeit als Ergebnis eines funktionierenden Wettbewerbs;
- Tauschgerechtigkeit als Ausdruck vertrauensbasierter, wechselseitig vorteilhafter Vertragsabschlüsse auf den Märkten;
- Partizipationsgerechtigkeit als Voraussetzung für den Wohlstand aller;
- Freiheit als Recht der Bürger und die Pflicht des Staates, die individuelle Freiheit zu sichern;
- Soziale Mindestsicherung, wenn die Mündigkeit des Individuums (noch) nicht gegeben ist oder die eigene Leistungsfähigkeit nicht ausreicht, wobei gleichzeitig die Ausnutzung der Sozialsysteme unterbunden werden muss, um so nicht zu einer Erosion der Moral beizutragen (Hüther, 2005).

Wesentlich für die Akzeptanz einer solchen Ordnung ist, dass die Regeln allgemeingültig, verständlich und transparent sind. Einzelfallgerechtigkeit kann in einer anonymen Großgesellschaft nicht das Ziel sein, da die dafür notwendige Komplexität des Rechtssystems letztlich zur Erosion der Loyalität führt.

### **Handlungs- und Ordnungsverantwortung der Unternehmen**

Die Rahmenordnung wird jedoch nie perfekt sein. Deshalb stellt sich die Frage, welche moralischen Pflichten Unternehmen über die Einhaltung der allgemeingültigen Regeln hinaus haben. Die Einhaltung der Gesetze und damit die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität, Steuerhinterziehung, Korruption, Betrug und Ausbeutung sind selbstverständlich, was nicht ausschließt, dass es unter den vielen Unternehmen nicht auch einige schwarze Schafe gibt. Wichtig ist, dass über entsprechende unternehmensinterne Regelungen sowie die Unternehmenskultur kriminelle Machenschaften wie zum Beispiel Korruption unterbunden werden. Wertemanagement und Ethik-Management-Systeme können letztlich auch aus betriebswirtschaftlichen Gründen sinnvoll sein, da sie quasi als „Risiko-Controlling“ Kosten einsparen helfen oder zusätzlich motivierend für die Mitarbeiter wirken.

Darüber hinaus können gesellschaftliches Engagement und die Übernahme von Ordnungsverantwortung für Unternehmen langfristig Wettbewerbsvorteile bringen, da international neue Märkte geschaffen und vorhandene stabilisiert werden. Es geht also nicht um eine moralische Pflicht der Unternehmen als „good corporate citizens“ zu agieren, sondern vielmehr um Investitionen in zukünftige Ertragschancen. Der Investitionsbegriff umfasst nicht nur das Sach- und Humankapital, sondern auch das Sozial- und Moralkapital im Unternehmen und in der Gesellschaft. Das vielfältige soziale Engagement von Unternehmen zeigt, dass sie bereit sind, diese neue Verantwortung zu übernehmen. Voraussetzung dafür ist die Erzielung von mindestens marktüblichen Gewinnen. Unternehmen können nur in dem Maße Ordnungs- und soziale Verantwortung übernehmen, wie dies nicht ihre Wettbewerbsfähigkeit vermindert und ihre Existenz gefährdet. Außerdem schränken hohe steuerliche Belastungen die Möglichkeiten für freiwilliges soziales Engagement ein, sodass es nicht verwunderlich ist, dass zum Beispiel in den USA soziales Engagement traditionell noch weiter verbreitet ist als in Deutschland.

### **Diskursverantwortung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Eliten**

Da die marktwirtschaftliche Ordnung quasi ein öffentliches Gut ist, von der jeder profitieren und keiner ausgeschlossen werden kann und es auch keine Rivalität bei ihrer Inanspruchnahme gibt, besteht die Gefahr, dass Verteilungskonkurrenzen systematisch deren Funktionsfähigkeit unterminieren. Kritiker der Marktwirtschaft können mit Betroffenen wechselnde Koalitionen schaffen, die kurzfristig von Ausnahmeregelungen zu ihren Gunsten stärker profitieren als von allgemeingültigen Regeln. Bleibt die Frage, wer in welcher Weise weiterhin Menschen über die Moral der Marktwirtschaft in öffentlichen Diskursen aufklärt. Letztlich kann dies nur durch eine breite Initiative gesellschaftlich relevanter Gruppen geschehen, bei der (noch) in ausreichendem Maße der Wille zur Gestaltung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen vorhanden ist.

Dazu zählen auch Unternehmen, die eine entsprechende Bindung an Deutschland und insofern ein vitales, vielleicht sogar patriotisches Interesse am Standort Deutschland haben. Die vielen Familienunternehmen, aber auch andere gesellschaftliche Eliten sollten aus ihrem eigenen Interesse heraus in den offenen Dialog mit den potenziellen Verlierern der strukturellen Umbrüche treten und helfen, diesen Gruppen eine Perspektive zu eröffnen. Ansonsten werden sie besten Wissens und Gewissens Widerstand gegen die Prozesse leisten (Homann/Gruber, 2014).

Anfangen von der Grundschule über weiterführende Schulen und die Universitäten bis hin zur Weiterbildung sind über eine Erklärung der Zusammenhänge die gefühlsmäßigen Widerstände gegen Freiheit und Marktwirtschaft zu überwinden. Der Erhalt oder Ausbau von Lehrstühlen für Ordnungspolitik und Wirtschaftsethik sind ebenso wie die Einführung von entsprechenden Schulfächern zu wirtschaftlichen Fragen wichtige Schritte auf diesem Weg.

### **Angewandte Wirtschaftsethik in Forschung und Lehre**

Die wirtschaftlichen Erfolge in marktwirtschaftlichen Systemen sind kein Garant für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz von Markt und Wettbewerb. Der Antagonismus von Freiheit, Internationalisierung und Globalisierung auf der einen und die Sehnsucht nach Gleichheit, Sicherheit und Geborgenheit auf der anderen Seite erfordern eine ständige Rechtfertigung der freiheitlichen, marktwirtschaftlichen Grundordnung, da gefühlsmäßige Bindungen größere Kräfte entwickeln als rationale, sachliche Argumente. In den Transformationsländern werden derzeit liberale Think-Tanks zur Erforschung der Vorteile von Freiheit und Marktwirtschaft gegründet, um auf wissenschaftlicher Basis argumentieren und überzeugen zu können. Entsprechende Forschungsanstrengungen auf dem Fachgebiet der Wirtschaftsethik wären auch in Deutschland nicht nur wünschenswert, sondern auch unbedingt notwendig.

Die zukünftigen (wirtschaftlichen) Eliten müssten dafür frühzeitig mit der moralischen Dimension ihres Verhaltens konfrontiert und im Umgang mit dem möglichen Zielkonflikt zwischen Gewinn und Gewissen geschult werden. Während sich die Studierenden der Betriebswirtschafts- und Managementlehre in den USA und anderen angelsächsischen Ländern in einem Pflichtfach „Business Ethics“ mit den moralischen Grundlagen des Wirtschaftens auseinandersetzen müssen, wird das Thema „Unternehmensethik“ von deutschen Universitäten und Fachhochschulen vielerorts noch immer als Randthema behandelt.

Dieses Schicksal teilt die Wirtschaftsethik übrigens mit anderen interdisziplinären Forschungsrichtungen. So führt die weitgehende Mathematisierung der Volkswirtschaftslehre vielfach zur Vernachlässigung psychologischer und soziologischer Dimensionen und damit zum Ignorieren wesentlicher Determinanten menschlichen Verhaltens. Einstellungen und Werte werden in vielen ökonomischen Theorien als gegeben angenommen. Dabei lassen sich ökonomische Probleme durch eine schrittweise Endogenisierung moralischer,

werte- und einstellungsbezogener Faktoren wie der Moral häufig besser erklären. Gleiches gilt, wenn die institutionellen Gegebenheiten und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen stärker berücksichtigt werden. Ordnungspolitische und angewandte institutionenökonomische Forschungsergebnisse finden allerdings kaum den Weg in referierte, englischsprachige Journals, sodass die Anreize für Nachwuchswissenschaftler gering sind, sich stärker mit gesellschaftsrelevanten Forschungsvorhaben zu befassen. Mit modelltheoretischen, mathematischen, der naturwissenschaftlichen Forschung entlehnten Methoden ist eine wissenschaftliche Karriere leichter. Somit ist auch hier die Politik gefordert, für andere Rahmenbedingungen bei der Einrichtung von Lehrstühlen und der Vergabe von Forschungsaufträgen zu sorgen, damit wissenschaftliche Exzellenz zukünftig nicht im Widerspruch zur angewandten Forschung und Lehre steht.

### **Vorbildfunktion der wirtschaftlichen Eliten**

Gefährdet wird das moralische Kapital einer Gesellschaft sowohl durch die fehlerhafte Gestaltung der Rahmenbedingungen als auch durch individuelles, unmoralisches Fehlverhalten. Dazu zählen sowohl das Heer der schätzungsweise fünf Millionen Schwarzarbeiter als auch viele tausend Wirtschaftskriminelle. Aber über ihre Medienwirkung haben Wirtschafts- und Politikeliten einen viel stärkeren Einfluss auf die gesellschaftliche Kohäsion. Wenn „selbst die da oben“ betrügen, warum sollte sich dann der „kleine Mann“ noch zurückhalten?

Welches Vorbild gibt jemand ab (Hüther, 2005) der vor allem durch Kapitalvernichtung in die Annalen eingehen wird; der die Verantwortung in Aufsichtsgremien nicht ernst nimmt; der zulasten von Anlegern wie auch der Allgemeinheit Bilanzmanipulationen organisiert; der sich über die Ausnutzung der gesetzlichen Regelungen zum Arbeitslosengeld II durch Transferempfänger echauffiert und dann bei diversen Vorruhestandsregelungen nichts anderes macht; der jede Lücke in den Gesetzen zur Steuergestaltung nutzt; der als Politiker systematisch den langfristig absehbaren demografischen Wandel bei der Reform der Sozialversicherungen ignoriert; der vor der Wahl etwas verspricht und nach der Wahl etwas anderes umsetzt?

Damit wird nicht gefordert, dass sich die politischen und wirtschaftlichen Eliten entgegen der Nutzentheorie verhalten und ihr Eigeninteresse über Bord werfen sollen. Vielmehr geht es darum, den ökonomischen Nutzenbegriff von der reduktionistischen, monetären Sichtweise zu befreien und ihn breiter aufzufassen, sodass auch moralische Anreize und nichtmonetäre,

intrinsische Nutzen und Kosten in das Vorteils- und Nachteilskalkül einbezogen werden. Der Verzicht auf die legale, aber illegitime Ausnutzung von Steuerschlupflöchern kann dann den individuellen Wohlstand trotz monetärer Einbußen sogar erhöhen. Von Wirtschaftseliten kann dies leichter erwartet werden, als von Menschen am anderen Ende der Wohlstandsskala. Das Bild vom dispositionellen Nutzenmaximierer ist dann das Vorbild für einen Homo Oeconomicus, der nicht nur für effizientes Wirtschaften auf Produkt- und Faktormärkten, sondern gleichzeitig auch noch auf dem Markt der Tugend sorgt.

Der Erhalt des Moral- und Sozialkapitals ist ein wesentlicher Standortfaktor. Sie sorgen nicht nur dafür, dass Transaktionskosten gespart werden können, sondern garantieren auch sozialen Frieden, von dem gerade auch die Eliten profitieren. Vielen ist noch nicht bewusst, dass es neben terroristischen, politischen, wirtschaftlichen und technischen Risiken auch moralische Risiken gibt (Homann, 2005). Die freiwillige Einführung und Einhaltung von Ethik-Kodizes, die freiwillige Übernahme sozialer Verantwortung, die freiwillige Schaffung von Transparenz, der freiwillige Einsatz in Schulen, Universitäten und Öffentlichkeit hinsichtlich der verbesserten Kommunikation über Moral und Marktwirtschaft kann diesen moralischen Risiken entgegenwirken. Insofern sind die Eliten aus Wirtschaft, Politik, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppierungen aufgerufen, aus purem Eigeninteresse Vorbildfunktionen zu übernehmen. Wenngleich aus einem solchen Handeln keine unmittelbaren monetären Nutzen zu erwarten sind, kann der mittelfristige Nutzenzuwachs in Form gesellschaftlicher Anerkennung dies überkompensieren.

Dass Markt und Moral Hand in Hand gehen müssen, hat der frühere Papst Benedikt XVI. aus theologischer Sicht betont:

*„Eine Moral, die dabei die Sachkenntnis der Wirtschaftsgesetze überspringen zu können meint, ist nicht Moral, sondern Moralismus, also das Gegenteil von Moral. Eine Sachlichkeit, die ohne das Ethos auszukommen meint, ist Verken-  
nung der Wirklichkeit des Menschen und damit Unsachlichkeit“ (Ratzinger, 1985).*

## Literatur

- Axelrod**, Robert, 1984, *The Evolution of Cooperation*, New York
- Axelrod**, Robert, 1997, *The Complexity of Cooperation. Agent-Based Models of Competition and Collaboration*, Princeton
- Barro**, Robert J. / **McCleary**, Rachel M., 2003, *Religion and Economic Growth*, NBER-Working Paper, Nr. 9682, Cambridge (Mass.)
- Baurmann**, Michael, 1996, *Der Markt der Tugend. Recht und Moral in der liberalen Gesellschaft*, Tübingen
- Becker**, Gary S., 1982, *Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens*, Tübingen
- Becker**, Gary S., 1996, *Familie, Gesellschaft und Politik. Die ökonomische Perspektive*, Tübingen
- Beckert**, Jens, 2005, *The Moral Embeddedness of Markets*, MPIfG Discussion Paper, Nr. 05/6, Köln
- Bankenverband**, 2013, *Wirtschaftsstandort Deutschland*, Berlin
- Brennan**, Geoffrey / **Buchanan**, James M., 1985, *The Reason of Rules. Constitutional Political Economy*, Cambridge (Mass.)
- Buchanan**, James M., 1984, *Die Grenzen der Freiheit. Zwischen Anarchie und Leviathan*, Tübingen
- Bundeskriminalamt**, 2013, *Bundeslagebild Wirtschaftskriminalität*, Wiesbaden
- Crane**, Andrew / **Matten**, Dirk, 2010, *Business Ethics*, Oxford
- DBK – Deutsche Bischofskonferenz / EKD – Evangelische Kirche in Deutschland**, 2014, *Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft. Initiative des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz für eine erneuerte Wirtschafts- und Sozialordnung*, Bonn
- Dohmen**, Thomas / **Falk**, Armin / **Huffman**, David / **Sunde**, Uwe, 2006, *Homo Reciprocans. Survey Evidence on Prevalence, Behavior and Success*, IZA Working Paper, Nr. 2205, Bonn
- Economist**, 1999, *The sick man of the euro*, 3. Juni 1999, <http://www.economist.com/node/209559> [6.11.2014]
- Economist**, 2012, *What Germany offers the world*, 14. April 2012, <http://www.economist.com/node/21552567> [6.11.2014]
- Economist**, 2013, *Poverty. Not always with us*, 1. Juni 2013, <http://www.economist.com/news/briefing/21578643-world-has-astonishing-chance-take-billion-people-out-extreme-poverty-2030-not>, [6.11.2014]
- Enste**, Dominik H., 2002, *Schattenwirtschaft und institutioneller Wandel. Eine soziologische, sozialpsychologische und ökonomische Analyse*, Tübingen
- Enste**, Dominik H., 2004, *Die Wohlfahrtsverbände in Deutschland*, Köln
- Enste**, Dominik H. / **Eyerund**, Theresa, 2015, *Die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland. Warum sie im internationalen Vergleich so erfolgreich ist*, mimeo, Köln

- Enste, Dominik H. / Haas, Heide / Wies, Jana**, 2013, Internationaler Gerechtigkeitsindex. Analysen und Ergebnisse für 28 Industriestaaten, IW-Analysen, Nr. 91, Köln
- Enste, Dominik H. / Haferkamp, Alexandra / Fetchenhauer, Detlef**, 2009, Unterschiede im Denken zwischen Ökonomen und Laien. Erklärungsansätze zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Beratung, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 10. Jg., Nr. 1, S. 60–78
- Enste, Dominik H. / Hardege, Stefan**, 2009, Regulierung, Lebenszufriedenheit und Arbeitsplatzsicherheit, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 58. Jg., Nr. 2, S. 255–275
- Enste, Dominik H. / Hüther, Michael**, 2011, Verhaltensökonomik und Ordnungspolitik. Zur Psychologie der Freiheit, IW-Positionen, Nr. 50, Köln
- Enste, Dominik H. / Schneider, Friedrich** (Hrsg.), 2006, Jahrbuch Schattenwirtschaft 2006/2007, Münster
- Enste, Dominik H. / Wildner, Julia**, 2014, Mitverantwortung und Moral. Eine unternehmensethische Reflexion, IW-Positionen, Nr. 63, Köln
- Enste, Dominik H. / Wildner, Julia**, 2015, Mensch und Moral. Eine individualethische Reflexion, IW-Positionen, Nr. 70 (im Erscheinen), Köln
- Esser, Hartmut**, 1991, Alltagshandeln und Verstehen, Tübingen
- Esser, Hartmut**, 1999, Soziologie. Allgemeine Grundlagen, Frankfurt am Main
- Etzioni, Amitai**, 1995, Die Entdeckung des Gemeinwesens. Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus, Stuttgart
- Etzioni, Amitai**, 1997, Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie, Frankfurt am Main
- Eucken, Walter**, 1990, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen
- Forrester, Viviane**, 1997, Der Terror der Ökonomie, München
- Frank, Robert / Gilovich, Thomas / Regan, Dennis**, 1993, Does Studying Economics Inhibit Cooperation?, in: Journal of Economic Perspectives, 7. Jg., Nr. 2, S. 159–171
- Frank, Robert / Gilovich, Thomas / Regan, Dennis**, 1996, Do Economists Make Bad Citizens?, in: Journal of Economic Perspectives, 10. Jg., Nr. 1, S. 187–192
- Frey, Bruno S.**, 1997, Markt und Motivation. Wie ökonomische Anreize die (Arbeits-)Moral verdrängen, München
- Fürst, Michael**, 2005, Risiko-Governance. Die Wahrnehmung und Steuerung moral-ökonomischer Risiken, Marburg
- Gollwitzer, Mario / Lotz, Sebastian / Schlösser, Thomas / Streicher, Bernhard**, 2013, Soziale Gerechtigkeit, Göttingen
- Hayek, Friedrich A. von**, 1991, Die Verfassung der Freiheit, Tübingen
- Hirschman, Albert O.**, 1974, Abwanderung und Widerspruch. Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmen, Organisationen und Staaten, Tübingen
- Homann, Karl**, 1999, Die Relevanz der Ökonomie für die Implementation ethischer Zielsetzungen, in: Korff, Wilhelm et al. (Hrsg.), Handbuch der Wirtschaftsethik, Bd. 1, S. 322–343

- Homann**, Karl, 2003, Grundlagen einer Ethik für die Globalisierung, in: Homann, Karl / Lübke-Wolff, Gertrude / Pierer, Heinrich von (Hrsg.), Zwischen Profit und Moral. Für eine menschliche Wirtschaft, München, S. 35–72
- Homann**, Karl, 2005, Globalisierung aus wirtschaftsethischer Sicht, in: Homann, Karl / Koslowski, Peter / Lütge, Christoph (Hrsg.), Wirtschaftsethik der Globalisierung, Tübingen, S. 8–15
- Homann**, Karl, 2014, Sollen und Können. Grenzen und Bedingungen der Individualmoral, Wien
- Homann**, Karl / **Blome-Drees**, Franz, 1992, Wirtschafts- und Unternehmensethik, Göttingen
- Homann**, Karl / **Gruber**, Corinna, 2014, Die Marktwirtschaft und ihre intellektuellen Kritiker. Kritik einer Kritik, RHI-Position, Nr. 14, München
- Homann**, Karl / **Pies**, Ingo, 1996, Sozialpolitik für den Markt. Theoretische Perspektiven konstitutioneller Ökonomik, in: Pies, Ingo / Leschke, Martin (Hrsg.), James Buchanans konstitutionelle Ökonomik, Tübingen, S. 203–239
- Hüther**, Michael, 2005, Verantwortung der Unternehmen für den Wirtschaftsstandort Deutschland, Vortrag auf dem 2. Zukunftsforum Gesellschaftspolitik, Eberbacher Gespräche
- Hüther**, Michael, 2006, Wachstum und Verteilung. Wie sozial ist der Kapitalismus?, Dresden
- Hüther**, Michael, 2011, Die disziplinierte Freiheit. Eine neue Balance von Markt und Staat, Hamburg
- Hüther**, Michael / **Bergmann**, Knut / **Enste**, Dominik H. (Hrsg.), 2015, Unternehmen im öffentlichen Raum. Zwischen Markt und Mitverantwortung, Heidelberg
- Hüther**, Michael / **Straubhaar**, Thomas, 2006, Plädoyer für ein Leitbild für Deutschland, mimeo, Köln
- IfD** – Institut für Demoskopie Allensbach, 2013, Was ist gerecht? Gerechtigkeitsbegriff und -wahrnehmung der Bürger, Allensbach
- IfD**, verschiedene Jahre, Berufsprestigeskala, Allensbach
- Kahneman**, Daniel / **Tversky**, Amos, 1990, Rational choice and the framing of decisions, in: Schweers Cook, Karen / Levi, Margret (Hrsg.), The Limits of Rationality, Chicago, S. 60–89
- Kant**, Immanuel, 2004 [1785], Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, Göttingen
- Kirsch**, Guy, 2004, Neue Politische Ökonomie, Stuttgart
- Korff**, Wilhelm et al. (Hrsg.), 1999, Handbuch der Wirtschaftsethik, Bd. 1–4, Gütersloh
- Lachmann**, Werner, 1994, Ethische Folgen staatlicher Interventionen in einer Marktwirtschaft, in: Homann, Karl (Hrsg.), Wirtschaftsethische Perspektiven I. Theorie, Ordnungsfragen, Internationale Institutionen, Berlin, S. 159–172
- Lambsdorff**, Johann Graf, 2005, Consequences and Causes of Corruption. What do we know from a Cross-Section of Countries, Passauer Diskussionspapiere, Nr. 34, Passau

- Lehmann**, Karl Kardinal, 2004, Profilschärfung oder Konzentration auf das Kerngeschäft. Was kann die Kirche von der Wirtschaft lernen?, Vortrag beim Symposium „Wirtschaft und Gesellschaft“ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Berlin
- Niehues**, Judith, 2014, Subjektive Ungleichheitswahrnehmung und Umverteilungspferenzen. Ein internationaler Vergleich, in: *IW-Trends*, 41. Jg., Nr. 2, S. 75–91
- Noll**, Bernd, 2013, Wirtschafts- und Unternehmensethik in der Marktwirtschaft, Berlin
- Olson**, Mancur, 1968, Logik kollektiven Handels, Tübingen
- Olson**, Mancur, 1991, Aufstieg und Niedergang von Nationen, Tübingen
- Papst Franziskus**, 2013, Apostolisches Schreiben Evangelii Gaudium, Rom
- Pies**, Ingo, 2003, Korruption. Diagnose und Therapie aus wirtschaftsethischer Sicht, Wittenberg Center for Global Ethics (Hrsg.), Discussion Paper, Nr. 03-7, Wittenberg
- Pies**, Ingo, 2005, Wirtschaftsethik als Beitrag zur Ordnungspolitik. Ein interdisziplinäres Forschungsprogramm demokratischer Politikberatung, in: Leschke, Martin / Pies, Ingo (Hrsg.), *Wissenschaftliche Politikberatung. Theorien, Konzepte, Institutionen*, Stuttgart, S. 411–428
- Pies**, Ingo, 2014, Argumentiert Papst Franziskus marktfeindlich? Wirtschaftsethische Stellungnahme zum Apostolischen Schreiben „Evangelii Gaudium“, Diskussionspapier, Nr. 2014-11, Halle
- Priddat**, Birger P., 2005, Moral und Ökonomie, Berlin
- Ratzinger**, Joseph Kardinal, 1985, Marktwirtschaft und Ethik, Vortrag beim Symposium „Kirche und Wirtschaft in der Verantwortung für die Zukunft der Weltwirtschaft“, Rom
- Schmölders**, Günter, 1980, Der Beitrag der Schattenwirtschaft, in: Küng, Emil (Hrsg.), *Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen, S. 371–379
- Schüller**, Alfred, 1991, Soziale Marktwirtschaft. Modell für Europa, in: *Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, Heft 49, S. 11–16
- Schumpeter**, Joseph A., 1950, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern
- Smith**, Adam, 2004 [1759], Theorie der ethischen Gefühle, Originaltitel: *The Theory of Moral Sentiments*, Hamburg
- Smith**, Adam, 2006 [1776], Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen, Originaltitel: *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, München
- Spiegel**, 2014, Kapitalismus. Das Zombie System, Nr. 43/2014, S. 66–71
- Streit**, Manfred, 2005, Theorie der Wirtschaftspolitik, Stuttgart
- Transparency International**, 2013, Global Corruption Barometer 2013, Berlin
- vbw** – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, 2012, Ordnungspolitischer Bericht 2012 des Aktionsrats Marktwirtschaft, Teil 2: Finanzmarktregulierung, München

- Watrin**, Christian, 1999, Ordnungssysteme für innerstaatliche wirtschaftliche Prozesse. Die marktwirtschaftliche Ordnung, in: Korff, Wilhelm et al. (Hrsg.), Handbuch der Wirtschaftsethik, Bd. 2, S. 216–261
- Weber**, Max, 1972 [1920], Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, I. Bd., Tübingen
- Weber**, Max, 1978 [1921], Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, II. Bd., Tübingen
- Weede**, Erich, 1990, Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, Tübingen
- WEF** – World Economic Forum, 2013, The Global Competitiveness Report 2013–2014, Genf
- Weltbank**, 2014, Poverty, <http://www.worldbank.org/en/topic/poverty> [6.11.2014]
- Wieland**, Josef, 1999, Die Ethik der Governance, Marburg
- Wieland**, Josef, 2000, Vom Unternehmensbild zum Wertemanagement. Ethikmanagementsysteme und ihre Auditierung. Theoretische Einordnung und praktische Erfahrung, in: Speyrer Texte, Nr. 5, S. 3–33

## **Kurzdarstellung**

Eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung ist wesentlicher Garant für Freiheit, Wohlstand und Moral. Allerdings sind dafür Regelsetzungen auf gesamtwirtschaftlicher und auf Unternehmensebene erforderlich, die moralisches Verhalten systematisch belohnen. Eine als Anreizethik verstandene Wirtschaftsethik löst den häufig konstruierten Widerspruch zwischen Markt und Moral auf. Moralische Appelle sind hingegen bestenfalls wirkungslos. Eine funktionsfähige Marktwirtschaft braucht moralisches Kapital (Vertrauen), kann aber solches über Institutionen auch selbst schaffen. Unternehmen, die langfristig erfolgreich sein wollen, müssen innerhalb des Unternehmens ethische Standards (Unternehmenskultur, Ethik-Kodex) setzen. Richtig eingeführtes Ethik- und Wertemanagement ist das beste Risikomanagement (Risiko-Governance). Darüber hinaus müssen sich Unternehmer und Manager der geschärften Wahrnehmung der Öffentlichkeit bei Themen wie Korruption, Managergehälter und Bilanzfälschungen bewusst sein und eine Vorbildfunktion übernehmen. Notwendig sind eine stärker praxisorientierte wirtschaftsethische Forschung und ein offensiverer Umgang mit dem Thema Ethik in Unternehmen. Letztlich kann nur so die Marktwirtschaft gegen Anfeindungen verteidigt werden.

## **Abstract**

The market economy is currently being heavily criticised. Opponents of the system argue that the market is immoral and that the state should intervene. Goal of this paper is to confute this argumentation by showing that the market is inherently moral. Adam Smith already showed that the market, by guiding the results of competition through an invisible hand, generates wealth. This creation of wealth is the fundamental moral justification of the market system. But the market needs to be embedded into a framework to function properly, because e. g. moral behaviour should not be exploitable by other competitors. Current strategies from economic and business ethics (e. g. risk governance, value management) are being examined, which can help to protect the market economy against criticism concerning the quality of the outcomes under competition. Entrepreneurs and managers should in addition be a moral role model. Given a well structured framework, moral values and economic necessities can be satisfied simultaneously; they are two sides of the same medal.

## **Der Autor**

Prof. Dr. rer. pol. **Dominik H. Enste**, geboren 1967 in Arnsherg; Ausbildung zum Bankkaufmann; Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Köln, Dublin und Fairfax (Virginia) und Promotion in Köln; seit 2003 im Institut der deutschen Wirtschaft Köln, seit 2011 Leiter des Kompetenzfelds „Institutionenökonomik“, seit 2012 Leiter der Forschungsgruppe „Markt und Staat“ und Geschäftsführer der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Akademie (IW Akademie); seit 1998 Dozent an der Universität zu Köln und seit 2013 Professor für Institutionenökonomik und Wirtschaftsethik an der Fachhochschule Köln.